

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 131 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 12/2005 · VOM 9. DEZEMBER 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Fernwärmemonopol aufheben!**

Stadtwerkeverkauf schafft neue Lage

4-5 | **Schulentwicklungsplan jenseits der Realität**

Argumente gegen Schließungspläne

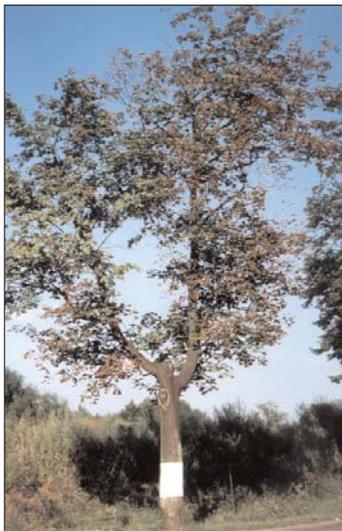
12 | **Schorfheide in Not**

Region leidet unter Wassermangel

Kein Salz auf die Alleen!

Kaum fielen Ende November die ersten Schneeflockchen, wurde mit dem »Pökeln« der Verkehrswege begonnen. Die nächsten Monate wird man tonnenweise Salz auf Straßen, Gehwegen und Plätzen ausbringen. Über die Folgeschäden, insbesondere an den Straßenbäumen, ist seit 1996 auch in der »Barnimer Bürgerpost« sachkundig berichtet worden. Allein etwa zehn Beiträge steuerte Rudolf Behm bei. In diesem Jahr war besonders auffällig, daß viele neugepflanzte Bäume an den Straßenrändern im Sommer an ihren Blättern die typischen Symptome von Salzschiäden zeigten, einschließlich des vorzeitigen Laubfalls. Vornehmlich sind junge Linden- und Ahornarten betroffen.

Soeben erschien im Robin Wood Magazin der aktuelle Beitrag »Kein Salz auf die Alleen!« in Form eines vierseitigen Infos mit mehreren beeindruckenden arbfotos. Mit freundlicher Zustimmung der »Robin Wood«-Redaktion haben wir daraus nachfolgende Auszüge für die BBP entnommen:



Ein Ahorn an der B167.

1. Foto: Im Juli 2000 ist der Baum noch vital. Die Hälfte der Blätter zeigt aber bereits Blattrandnekrosen als typischen Streusalzschaden.

2. Foto: Im Herbst 2005 steht dort nur noch eine trockranke Baumruine.

Fotos und Bildtext: R. Behm

ROBIN WOOD Magazin – Zeitschrift für Umweltschutz und Ökologie, Erscheinungsweise: vierteljährlich in einer Auflage von 9000 Exemplaren.

Herausgegeben wird das bundesweit erscheinende Magazin vom ROBIN WOOD e.V. Die Redaktion wird geleitet von Dr. Christiane Weitzel und hat seinen Sitz in Schwedt/Oder.

Seit dem 18. Jahrhundert dienen die Alleen als Windschutz und zur Sicherung der Wege bei starker Sonne, Regen und Schnee. Auch heute übernehmen die Alleen nützliche Funktionen als Sauerstoffspender und Biofilter. Ein ausgewachsener Baum deckt den täglichen Sauerstoffbedarf von etwa zehn Menschen. Die Alleebäume filtern Staub und Abgase aus der Luft und reinigen das Sickerwasser. Diese Funktionen werden ihnen zunehmend zum Verhängnis. Vor allem das Streuen von Salz wird für sie zur tödlichen Gefahr.

In den 50er Jahren begann man in der Bundesrepublik gemäß den wachsenden Mobilitätsbedürfnissen die Straßen im Winter mit Salz zu streuen. Als Folge wurden in den 60er und 70er Jahren zunehmend Schäden an Autos, Betonbauwerken, Böden und Pflanzen durch Streusalz festgestellt. Die Salzgehalte im Grund- und Ober-

flächenwasser waren erhöht. Viele Kommunen verwendeten nun weniger Salz im Winterdienst und setzen auf Splitt und Granulat.

Untersuchungen haben gezeigt, daß nach wie vor besonders eifrig Privatleute Salz auf die Gewege werfen – bis zu 500 Gramm pro Quadratmeter! Dabei verbieten viele Gemeindegesetzungen (auch die von Eberswalde - d. Red.) den Einsatz von Salz im Winter auf Gehwegen. Hier ist zunächst der Schnee zu räumen und anschließend können abstumpfende Mittel verwendet werden.

Im übrigen schreibt die Rechtsprechung keinen Salzeinsatz zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht vor. Die Auswahl des Streustoffs steht der Gemeinde und dem Anlieger grundsätzlich frei. Es genügt, wenn das Streugut überhaupt etwas gegen die Gefahr des Ausgleitens bewirkt. Es können also Sand, Splitt, Lava etc. zum Einsatz kommen.

Der Einsatz von Salz im Winter kommt uns teuer zu stehen

Nicht nur unsere Bäume werden durch das Streuen von Salz im Winter geschädigt ...

... **unsere Gesundheit:** Durch Spritzwasser und Nebelröpfchen gelangen mit den Salz-Aerosolen giftige Straßendreckpartikel in unsere Lungen.

... **Autos:** Gutachter schätzen, daß 50 Prozent der Korrosionsschäden an Karosserieteilen auf Salz zurückgehen. Funktionsausfälle in der Elektronik gibt es durch Kriechströme und Kontaktbrücken.

... **Straßen und Gebäude:** Bei altbauten begünstigen Salze die Feuchtigkeit im Mauerwerk. Auf den Straßen führt das Salz zu großen Temperaturunterschieden zwischen aufgetauter Oberfläche und gefrorenem Untergrund. Durch so entstehende feine Spannungsrisse dringt Wasser in den Asphalt ein und kann im Winter an vielen Stellen den Straßenbelag sprengen. Besonders teuer wird die Korrosion von Stahlbeton an Brücken.

... **Böden und Grundwasser:** Der abfließende Salzmatsch schädigt die Böden. Durch Nebelbildung wird das Salz noch viele Meter neben den Straßen in die Böden eingetragen.

... **Steuergelder:** Eine tonne Salz kostet rund 56 Euro. bei 2 Millionen gestreuten Tonnen macht das pro Wintersaison 112 Millionen Euro, die schließlich im Straßenrand versickern. Allein das Pflanzen eines neuen baums kostet 500 Euro, dazu kommen die Kosten für die Fällung und den Abtransport der geschädigten Bäume. Immense Kosten entstehen der öffentlichen Hand durch die Reparatur von Salzschiäden an Straßen, Brücken und anderen Bauwerken.

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

ALLE 14 TAGE AUF DEM MARKTPLATZ. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Im Herbstwind

Dem späten Autofahrer bietet sich neuerdings ein grandioses Schauspiel, wenn er von Tiefensee kommend Heckeberg vor sich sieht. In stockfinsterer Nacht funkeln große rote Lampen am gesamten Himmel. Vom Horizont bis zum Zenit leuchten abwechselnd die Signallampen der großen Windräder auf den Feldern zwischen Trampe und Heckelberg. Die spärlichen Lichter aus den wenigen Häusern vermögen gar nichts gegen die großen roten Lampen. Ein wirklich gigantischer Anblick. Alles bewegt sich. Das muß Fortschritt sein. So etwas hatten wir bisher noch nicht. Das Schauspiel ist noch dazu völlig kostenfrei. Im Gegenteil, die Windräder produzieren jede Menge Strom.

Wenn man nach Eberswalde kommt, geht die Vorstellung weiter. An jeder Hausecke hängt eine brennende Lichterkette. Die Stadtverwaltung läßt sich nicht lumpen und schaltet die Straßenlampen an. Mehr noch, an den Laternenpfählen hängen noch weitere Leuchten. Am Rathaus, der Sparkasse und an der Kaufhauszeile und an vielen Häusern brennen die schönen kleinen Lämpchen. Irgendwo muß der Strom von den vielen Windrädern ja hin. Das schafft Arbeitsplätze, Wohlstand und Steuern. So wird es uns bald besser gehen. In Trampe steht die große Windradfabrik und bald werden sich überall im Lande nachts die roten Lampen drehen. Dazu kommt auch noch die wohltuende Wirkung des Lichts in der dunklen Jahreszeit.

Die vielen Lichter sind auch bitter nötig. Die Menschen haben an den kurzen Tagen im Herbst kaum Zeit, sich am Tageslicht zu erfreuen und seinen therapeutischen Nutzen zu genießen. Stattdessen sitzen sie in ihren Büros und verwalten den Fortschritt. Sie lehnen hier eine kleine Genehmigung ab, bearbeiten dort ein Antrag, erteilen da eine Bewilligung, geben eine Erlaubnis oder zeigen einfach einen an. Aber jeden Vorgang korrekt auf dem richtigen Formular und sauber abgelegt. Denn Ordnung muß sein und Papier haben wir nun wirklich genug. Dann muß man noch ein bißchen klatschen, Kaffee trinken und natürlich die Weihnachtsgeschenke kaufen. Schon ist der Tag vorbei und alles wieder dunkel. Die Lichter werden wirklich gebraucht.

Wie haben wir das eigentlich früher ohne die Windräder ausgehalten? Da hatten wir natürlich noch keinen Fortschritt und es war wohl auch der Strom knapp. Dunkel war es in der Nacht und die Menschen haben andere Sachen gemacht. Damals gab es noch genug Kinder. Sie mußten am Tage raus gehen und sich vom Herbstwind abhärten lassen. Sie mußten die wenigen Strahlen der richtigen Sonne einfangen um ihre gute Laune zu behalten und ganz viel Sauerkraut essen. Heute haben wir es viel besser. Wir haben die Windräder von Trampe und viele schöne Lampen in der Stadt.

Dr. MANFRED PFAFF

»Eine lebendige Zivilgesellschaft«

zum 15. Todestag von Amadeu Antonio

Eberswalde (bbp). Amadeu Antonio Kiowa lebte als angolischer Vertragsarbeiter in Eberswalde. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 zog eine Gruppe von 50 jungen Männern und Frauen durch die Stadt, um Jagd auf Schwarze zu machen. Vor dem Hütengasthof trafen sie auf drei Afrikaner, die sie verprügelten. Während zwei Mocambiquaner teils schwer verletzt flüchten konnten, erwachte der 28-jährige Amadeu Antonio Kiowa nicht mehr aus dem Koma. Er starb zwei Wochen später am 6. Dezember. Amadeu Antonio Kiowa wurde am 12.08.1962 in Quimbele, einer kleinen Stadt nordöstlich von Luanda als erstes Kind der damals 17-jährigen Helena Alfonso geboren. Er hatte 12 weitere Geschwister, von denen vier frühzeitig verstarben. Mutter und Bruder berichten viel Gutes von Amadeu Antonio Kiowa. Er soll sensibel, intelligent und sehr verantwortungsbewußt gewesen sein.

Im Anschluß an das diesjährige Gedenken hatten die Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit und der Afrikanische Kulturverein »Palanca« in Zusammenarbeit mit der Amadeu-Antonio-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Podiumsdiskussion zum Thema »Erfolgsbedingungen einer lebendigen Zivilgesellschaft« in das Eberswalder Tourismuszentrum (Familiengarten) eingeladen.

»Fünfzehn Jahre nach dem Tod von Amadeu Antonio – einem der ersten Todesopfer rechtsextremer Gewalt nach der Vereinigung – wollen wir über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland diskutieren und nach den Erfolgsbe-



dingungen von Zivilgesellschaften fragen«, formulierte Dr. Susanne Masuch zum Einstieg der Diskussion. In der von Kai Jahns (Koordinator für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit bei der Stadt Eberswalde) moderierten Veranstaltung diskutierten Almuth Berger (Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg), Anetta Kahane (Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung), Angelika Thiel-Vigh (Leiterin der Koordinierungsstelle »Tolerantes Brandenburg« im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg) und Aleksandr Lopyrov (Vorstandsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte des Landes Brandenburg und Bürger von Eberswalde) u.a. folgende Fragen: »Zugewanderte Akzeptanz in Eberswalde? Wie steht es um die gesellschaftliche Beteiligung der verschiedenen Gruppen in der Stadt? Wer benötigt besonderen Schutz, wer Unterstützung?«

»Sponsoren« und das Eberswalder Amtsblatt

Stellungnahme der Fraktion Linke.PDS in der StVv Eberswalde

In der Niederschrift der 19. öffentlichen Sitzung der StVv der Stadt Eberswalde am 22.9.2005 wird u.a. die Antwort des Bürgermeisters Herrn Schulz auf eine Anfrage des Finowener Ortsbürgermeisters Herrn Triller wiedergegeben.

In seiner Anfrage sprach Herr Triller das in § 19, Abs. 5, der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde formulierte Recht der Fraktionen, Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister an, zur Unterrichtung der Einwohner monatlich einen Beitrag im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde – Eberswalder Monatsblatt – zu veröffentlichen.

Die in der Niederschrift wiedergegebenen Ausführungen von Herrn Schulz können von der Fraktion Linke.PDS in der vorliegenden Form nicht akzeptiert werden. Sie widersprechen den o.g. Regelungen der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde. Sie stehen auch nicht im Einklang mit dem Pressegesetz des Landes Brandenburg.

Zudem ist es eine falsche Behauptung, daß der informelle Teil des »Eberswalder Monats-

blatts« über Sponsoren finanziert wird. Richtig ist, daß die Finanzierung des informellen Teils des »Eberswalder Monatsblatts« über Anzeigen erfolgt. Es widerspricht dem Presserecht, den Anzeigenkunden das Recht zuzugestehen, die Auswahl zu treffen, »welche Artikel in diesem Teil veröffentlicht werden und welche nicht«. Das Recht, über die Inhalte einer Zeitung zu entscheiden, steht den Anzeigenkunden grundsätzlich nicht zu. Zudem handelt es sich bei den erwähnten Anzeigenkunden WHG, ZWAE und WITO um nachgeordnete Einrichtungen der Stadt Eberswalde.

Abgesehen davon hat die Stadtverordnetenversammlung die Veröffentlichungsrechte der Fraktionen, Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister in der Hauptsatzung § 19, Abs. 5, abschließend geregelt.

Die Fraktion Linke.PDS fordert den Bürgermeister Herrn Schulz auf, die in der genannten Niederschrift dokumentierten Aussagen unverzüglich richtigzustellen.

WOLFGANG SACHSE (Fraktionsvorsitzender)

StVV-Einwohnerfrage am 17. November:

Fernwärmemonopol aufheben

Sie beraten heute über die Vorlage »Aufhebung der Fernwärmesatzung«. Die Vorlage wurde im September an den Hauptausschuß verwiesen, der mehrheitlich dafür plädierte, die Verwaltung mit der Überarbeitung zu beauftragen. Leider haben Betroffene bzw. deren Vertreter keine Möglichkeit an der Debatte teilzunehmen. Es ist nicht einzusehen, daß eine private Firma durch eine städtische Satzung einen Anschluß- und Benutzungszwang ausübt und den Mietern die Fernwärmepreise diktiert. Es gibt für die Mieter schon jetzt Unterschiede bei den Fernwärmekosten. So kostete beispielsweise die MWh Fernwärme 2004 in der Ringstraße – d.h. bei Wärmeversorgung über zentrale Heizwerke – 66,29 Euro. Bei den sogenannten Nahwärmeversorgungen, beispielsweise im Karl-Marx-Ring nur 44,80 Euro. Das kommt daher, daß bei Versorgung über Heizwerke sehr hohe Wärmeverluste entstehen, was man im Winter mit dem bloßen Auge sehen kann. Bei den Nahwärmeversorgungen dagegen wird die Wärme direkt im Gebäude erzeugt, so daß die Leitungsverluste minimiert werden.

Aktuelle Gas- und Energiepreisentwicklung

»Ein Schritt in die richtige Richtung«

Die IG Mieter schrieb angesichts der erneuten Erhöhung der Fernwärmepreise an WHG, WBG und AWO: »Sie haben sicher in den letzten Monaten die kontroverse Diskussion um die Preisgestaltung der Gas- und Energieversorger in den Medien zur Kenntnis genommen. Da in unserem Mietobjekt die Beheizung unserer Wohnung und/oder die Warmwasserversorgung in der von Ihnen vorgenommenen Umlage der entsprechenden Betriebskosten von dieser Preisgestaltung maßgeblich abhängt und wir als Mieter keine eigene Einspruchsmöglichkeit gegenüber dem Energieversorger in Bezug auf diese Kosten haben, möchten wir Sie hiermit ausdrücklich dazu auffordern (sofern nicht schon geschehen), sich an den Widerspruchsmöglichkeiten gegen die undurchsichtige Preisgestaltung anhand der Vorschläge und Empfehlungen der Verbraucherzentralen in Deutschland zu beteiligen. Wir sind der Ansicht, daß Sie vor dem Hintergrund des Wirtschaftlichkeitsgebotes gemäß §556 Abs. 3 S. 1 BGB uns gegenüber bereits verpflichtet sind, sich gegen die aus unserer Sicht ungerechtfertigten Preiserhöhungen der Energieversorger zu wehren, da in dem Fall, daß Sie dies nicht tun, eine analoge rückwirkende Geltendmachung von möglicherweise auf dem Vergleichsweg zwischen Energieversorgern und solchen Energieabnehmern, die widersprochen haben, ausgeschlossen wäre und Ihre widerspruchslose Zahlung von erhöhten Energiekosten als konkludentes Einverständnis Ihrerseits, als Vertragspartner des Energieversorgers, mit der entsprechenden Energiepreiserhöhung angesehen werden könnte.

Ohne Fernwärmesatzung wäre z.B. die WHG frei in ihrer Entscheidung, die Fernwärmeanlagen durch Nahwärmeanlagen innerhalb der Gebäude zu ersetzen. Für WHG-Mieter wie mich bedeutet das eine Wärmeeinsparung von ca. 33 % und für die WHG zufriedene Mieter. Volkswirtschaftlich gesehen eine erhebliche Energieeinsparung, verbunden mit einer ebenfalls erheblich geringeren Umweltbelastung, was der Stadt Eberswalde als energiebewußter Stadt gut zu Gesicht steht.

Der Verzicht auf die Fernwärmesatzung mit ihrem Anschluß- und Benutzungszwang wäre auch eine gute Vorbereitung auf die Öffnung des Gasmarktes, die von monopolistischen Energielieferanten unabhängiger macht und weitere Einspareffekte für die Fernwärme erbringt.

Sie haben »Ja« gesagt zur vollständigen Privatisierung der Stadtwerke mit negativen Folgen für die Einflußnahme der Stadt auf die Fernwärmeversorgung. Sagen Sie jetzt auch »Ja« zur Aufhebung der nun überflüssigen und hemmenden Fernwärmesatzung.

BERND POMRAENKE

Da in diesem Fall für uns Mieter ein vermeidbarer wirtschaftlicher Nachteil eintreten würde, den wir nicht gewillt sind hinzunehmen, möchten wir Sie darauf hinweisen, daß wir den Mietern empfehlen werden, nur die Kosten bei unseren nächsten Betriebskostenabrechnungen anzuerkennen, die sie zu tragen hätten, wenn Sie sich an den bundesweiten Widersprüchen bzw. den von den Verbraucherzentralen in ganz Deutschland initiierten Sammelklagen gegen die nach wie vor nicht nachvollziehbare Preisgestaltung der Energieversorger beteiligt hätten. Bitte informieren Sie uns über Ihre Aktivitäten in obiger Angelegenheit.«

Darauf antwortete bisher nur die WHG: »Wir verstehen Ihre Sorge um die Preisentwicklung und möchten Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen, daß die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH mit Schreiben vom 05.10.2005 gegenüber den Stadtwerken Widerspruch zu der vorgenommenen Gaspreiserhöhung eingelegt hat und unsererseits Zahlungen nur unter Vorbehalt erfolgen.«

Erstmals ein Schritt in die richtige Richtung, nachdem die WHG schon diverse Preiserhöhungen kommentarlos an die Mieter durchgereicht hat. Mit ihrer Antwort hält sich die WHG allerdings sehr bedeckt, auf welcher Grundlage sie ihren Widerspruch eingereicht hat (§ 315 BGH ??). Die Mieter sind gut beraten, ihrerseits Widerspruch gegen die von der WHG angekündigte Fernwärmepreiserhöhung einzureichen.

BERND POMRAENKE

AGU zur Fernwärmesatzung:

Priorität Klimaschutz

Eberswalde (agu/bbp). Der Vorschlag, die Fernwärmesatzung der Stadt Eberswalde einfach ersatzlos aufzuheben, wird in der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (AGU) kritisch gesehen. Zweifellos müsse die Satzung den neuen rechtlichen Gegebenheiten nach dem Verkauf der Stadtwerkeanteile angepaßt werden. Es sei nicht machbar, daß ein privates Unternehmen Nutznießer einer Monopolstellung werde, die für die Stadtwerke als Kommunalunternehmen konzipiert worden war. Dies wäre nur vorstellbar, wenn die Preisbildung in der Verantwortung der Kommune bliebe.

An den Zielen der Fernwärmesatzung, daß die Luft im Stadtgebiet reingehalten werden soll, indem klimafreundliche Maßnahmen durch eine energieeffiziente, lokale Wärmeerzeugung zu Gunsten des Allgemeinwohls ergriffen werden, ändere der Verkauf der Stadtwerke indes nichts. Es gehöre zudem zum Ressourcenschutz, daß die vorhandene Infrastruktur, zu der nicht zuletzt die in den 90er Jahren neu gebauten Blockheizkraftwerke gehören, nicht einfach ungenutzt bleiben und verfallen.

Die ersatzlose Aufhebung der Fernwärmesatzung wird daher von der AGU als Rückschritt für den Klimaschutz in der Stadt Eberswalde angesehen. Nach gründlicher Analyse aller Umstände, so wird empfohlen, solle die Satzung überarbeitet und den neuen Bedingungen angepaßt werden. Dies entspreche dem Image der Waldstadt Eberswalde ebenso wie den Verpflichtungen, die die Stadt mit ihrer Mitgliedschaft im Klimabündnis europäischer Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.) eingegangen ist.

Konzertenerlebnis

Eberswalde (prest-ew). Musik live steht in der Grundschule Finow immer auf dem musikalischen Plan. Musiklehrerin Annegret Gersdorf erfüllt das musikalische Profil der Grundschule Finow mit Leben. Neben den Chorkonzerten des Schulchores und der jährlichen Musicalfahrt der 6. Klasse konnte sie gemeinsam mit dem Konzertorchester Brandenburg ein Unterrichtskonzert zur Tradition werden lassen.

Mit Unterstützung der Stadt Eberswalde fand dieses Projekt nunmehr zum zehnten Mal in der Aula der Schule statt. Orchestermusik live zu erleben, gehört sicher selten zum Erfahrungsschatz von Schülern im Grundschulalter. Umso mehr waren die Schüler von der Klangfülle und der Spielfreude des Orchesters begeistert. »Peter und der Wolf« stand für die Schüler der 3. und 4. Klassen auf dem Programm. Mit Werken aus der klassischen Musikliteratur wurde den Schülern Klang- und Funktionsweise der einzelnen Instrumentengruppen präsentiert. Klänge wie die Tritsch-Tratsch-Polka von Strauß oder Händels Wasermusik kamen dabei zu Gehör.

Barnims Schulentwicklung jenseits der Realität

Schülerin fordert eine Perspektive für das Wandlitz-Gymnasium

Kaum einer im Barnim und niemand in Wandlitz und den umliegenden Dörfern hat verpaßt, was für einen Aufruhr die Veröffentlichung des Barnimer Schulentwicklungsplan mal wieder hervorruft. Obwohl frühere Beschlüsse des Kreistages dem Wandlitzgymnasium Bestandsgarantien zugesprochen hatten nachdem sich Schüler, Lehrer, Eltern, Ehemalige und Politiker gegen eine Schließung eingesetzt haben, wird nun knapp ein Jahr später abermals der Standort des Gymnasiums angegriffen. Und das aus Gründen, die bei näherer Betrachtung eine Forderung zur Schließung des Gymnasiums nicht tragen können.

Zunächst einmal, warum werden nach den eigentlich katastrophalen Pisaergebnissen der letzten Jahre noch weiterführende Schulen geschlossen – dies sind doch gerade die Schulen, die die Schüler am meisten fördern und die bessere Zukunftschancen mit sich bringen. Warum werden Schulen denn gerade jetzt geschlossen und nicht unterstützt?

Jedes Kind, egal ob die Eltern Hartz IV beziehen oder beide gut bezahlte Unternehmer sind, hat ein Recht auf einwandfreie Bildung! Für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen muß immer Geld da sein!

Mag sein, daß es um Deutschlands finanzielle Lage nicht gut steht, aber warum wird unter anderem als erstes an der Bildung gespart? Warum wird es den klugen Köpfen durch Studiengebühren und Schulschließungen immer schwerer gemacht, ihre Fähigkeiten zu zeigen und zu nutzen?

Die gute Bildung ist es doch gerade, die eine bessere Zukunft mit sich bringt. Nur durch kluge Menschen kann doch Deutschland aus seiner ach so beklagten momentanen Lage wieder herauskommen. Bildung ist doch nun wirklich DIE nachhaltige Maßnahme zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und politischem Desinteresse! Auch wenn Schülerzahlen sinken, sollte man dies nicht als Anlaß nehmen, Schulen zu schließen, sondern nutzen, die Klassen endlich zu verkleinern und so eine bessere individuelle Förderung eines jeden Schülers zu gewährleisten.

Somit darf keine weiterführende Schule geschlossen werden!

Auch wenn man in den unterschiedlichen Schulen oder im Kreistag gerne schlecht über andere Schulen urteilt, sollten einige Dinge nicht vergessen werden:

Wandlitz ist das einzige Gymnasium mit künstlerischer und sprachlicher Orientierung, Barnim das einzige mit naturwissenschaftlicher – Bernau ist universal orientiert und Zepernick ebenfalls.

Warum sollte man nun Schüler, die künstlerisch und sprachlich sich vor allem entwickeln möchten, auf ein naturwissenschaftlich orien-

tiertes Gymnasium zwangsweise umsiedeln? Aber da wären ja noch Bernau und Zepernick.

Pech ist nur, daß das Praetorius Gymnasium in Bernau offiziell für 800 Schüler gebaut wurde – momentan sind dort aber schon an die 1.200 junge Menschen untergebracht. Warum wird das eigentlich seit Jahren zugelassen, wo doch an anderen Schulen angeblich zu wenige Schüler sind? Weitere 200 (als Anteil von den 800 Wandlitzschülern) würden wieder Kurse und Klassen von einer Größe von 30 bis xxx Schülern am Praetorius Gymnasium bewirken.

Individuelle Förderung adé und Pisa letzter Platz, wir kommen!

Und Zepernick? Zepernick wäre wohl ebenfalls überlastet, denn die 800 Schüler von Wandlitz nur auf Barnim und Zepernick zu schieben hätte den gleichen Effekt wie beim Bernauer Gymnasium. Viele Schüler und Eltern sind sich dessen noch gar nicht bewußt. Ich bezweifle stark, daß auch nur ein Schüler mit gutem Verstand, egal von welchem Gymnasium, in einer komplett überfüllten Schule mit überquellenden Klassen/Kursen lernen will und sein Abitur machen möchte.

Der einzige, der bei solchen Experimenten gut weg kommen würde, wäre die Barnimer Busgesellschaft. Die würde aufgrund der entstandenen überlangen Schulwege hohe Umsätze verbuchen können.

Das Geld dürfen dann die Eltern bezahlen, denn der Kreis hat angeblich kein Geld. Dies widerspricht allerdings der Tatsache, daß der Barnim im letzten Jahr einen Haushaltsüberschuß von 900.000 Euro hatte und es keine Neuverschuldungen gab. Es hat also Gründe warum der Barnim als »reichster« Landkreis Brandenburgs zählt und nicht ohne Grund mit anderen Landkreisen zusammen den Namen »Speckgürtel« trägt.

Es ist demnach seltsam, daß der Kreis vom Sparen im Zusammenhang mit Schulschließungen spricht.

Das Wandlitzgymnasium wurde mit viel Geld in den letzten Monaten von Grund auf saniert und neu ausgestattet und steht den anderen Schulen in absolut nichts nach. Was es vor der Sanierung auch nicht getan hat, doch der Mensch läßt sich immer noch zu gerne dazu herab, die Dinge nach der äußeren Fassade zu beurteilen.

Der Kreis will also knapp eine Million (!) Euro, die er investiert hat, zum Fenster rauswerfen, weil er meint, kein Geld für den Fortbestand des Gymnasiums zu haben?

Das ist lächerlich. Dadurch, daß das Gymnasium renoviert wurde und eine Turnhalle nun nahe der Schule gebaut wird, fallen viele Ausgaben sogar noch weg. Durch die Renovierung werden mindestens 30 % der Heizkosten durch Wärmedämmung gespart und die hohen Miet-

kosten für die Turnhalle und Unterrichtsräume bei der Brandenburgklinik fallen völlig weg.

Die Gemeinde Wandlitz ist ebenfalls empört über den Schulentwicklungsplan und die erneute Anfachung der Debatte zum Gymnasium Wandlitz. Wenn das Gymnasium mit seiner zentralen Lagen zwischen den umliegenden Dörfern wegfällt, wäre das fatal für die Entwicklung von Wandlitz. Familien würden wegziehen oder gar nicht erst hinziehen, wenn es keine guten Bildungschancen dort mehr gibt.

Auch scheint der persönliche Wert, den die Schulen für Lehrer und Schüler haben, einigen Politikern komplett egal zu sein.

Das Wandlitz Gymnasium ist für seine familiäre Atmosphäre und das sehr gute Schüler-Lehrer-Verhältnis im ganzen Barnim bekannt. Es gibt sogar Familien die aus weit entfernten Teilen Deutschlands und Berlin in den Barnim ziehen, um ihre Kinder auf das Wandlitzgymnasium schicken zu können.

Auch das Engagement der Schüler in den Bereichen Fremdsprachen, Kunst und Literatur an ihrer Schule darf nicht vergessen werden. Außerdem hat Wandlitz über 14 Partnerschulen im Ausland mit denen regelmäßig Austausche stattfinden und die Wandlitzer Schülerfirmen sind mit Abstand die bekanntesten und erfolgreichsten im Barnim: »VITA« und »VITA on tour«. VITA wurde als erste Schülerfirma in Deutschland unter der Schirmherrschaft des Projektes »Achievers International« der britischen Botschaft gegründet und sie war die einzige Schülerfirma des Barnim die im November 2004 Prinz Phillip in Potsdam traf und sich präsentierte.

Ihren Erfolg haben die Schüler vor allem ihrer harten Arbeit zu verdanken, warum soll das nun alles umsonst gewesen sein?

Gibt man so den Jugendlichen eine gute Perspektive und Mut für die Zukunft?

Wohl sicher nicht! Der Kreistag sollte sich warm anziehen, denn niemand ist bereit es zuzulassen, daß unser Gymnasium oder irgendeine andere weiterführende Schule verschwinden und die Bildung weiter den Bach hinunter gehen soll.

Wir fordern, daß unser Bildungsminister Herr Rupprecht sich endlich traut, sich direkt mit der Meinung von uns Jugendlichen, Eltern und Lehrern in einem Gespräch auseinanderzusetzen und nicht kurzfristig jeden Termin absagt so wie die Bürgersprechstunde am 27.11. und den Besuch im Wandlitz Gymnasium im vergangenen Oktober.

Wir werden es dem Kreistag jedenfalls nicht leicht machen und die fatalen Vorhaben im Schulentwicklungsplan nicht zulassen!

JOSEFINE LEESCH, 17 Jahre,
Schülerin des Paulus Praetorius Gymnasium
Bernau, ehemals Wandlitz

»Hier läuft einiges aus dem Ruder!«

In der Schuldebatte des Landkreises läuft einiges aus dem Ruder, so scheint es dem Betrachter, der auch seine eigenen Kinder vor Augen hat, die hier in der Stadt Eberswalde die Schule durchlaufen und sich auf Studium und Ausbildung vorbereiten und der sich auch selbst in Bildungsfragen engagiert.

Ist es wahr, das einzig die Größe des Schulgebäudes zum Maßstab dafür werden kann, ob eine Schule erhalten bleibt? Warum sonst sollte auch gerade z.B. die Goetheschule geschlossen werden? Ist das Geld wirklich sinnvoll angelegt in einer Auswahl nach solchen Kriterien? Für Lehrer, Schüler und Eltern ist es im höchsten Maße demotivierend, wenn man gesagt bekommt: »Es ist für den Bestand eurer Schule egal, was ihr in der Schule inhaltlich treibt, es ist egal, wie viel Mühe ihr euch gebt, es ist 'so gar' egal, wie viel Kraft und Zeit und Geld inve-

stiert wurde, eure Schule für den Unterricht herzurichten und wie viel davon die Eltern mit eingebracht haben, all das entscheidet nicht, ob die Schule weiter besteht, sondern allein die Größe des Gebäudes.«

Wer so mit der Bildung in unserem Land umgeht, verursacht maßgeblich weiteren Qualitätsverlust. Er nimmt der Bildung das Wertvollste, was sie hat, nämlich die Initiative und die Ideen. Er sorgt sich nicht um die Zukunft, sondern allein nur noch um die Haushaltslöcher, den Menschen opfert er keinen Blick. Er ist nicht mehr inhaltlich handlungsfähig und das darf politisch Verantwortlichen nicht passieren.

So bleibt dem besorgten Betrachter nur die Hoffnung auf ein Besinnen und die Möglichkeit einen Leserbrief zu schreiben.

HANNS-PETER GIERING

Schulplanung in Eberswalde verschlafen

Der Schulentwicklungsplan für den Landkreis Barnim schlägt in Eberswalde hohe Wellen. Lehrer und Eltern der Goethe-Oberschule sind bestürzt. Die Schüler protestieren. Dazu konnte es kommen, weil die Stadt ihre Hausaufgaben nicht erledigte. Die Schulplanung wurde vor sich her geschoben. Ein qualifizierter Vorschlag der Verwaltung fehlt bis heute. Jetzt müssen sich die Stadtverordneten kurzfristig auf ein Konzept verständigen. Schließlich wartet der Kreis dringend auf eine Stellungnahme der Stadt. Die Goethe-Oberschule zu schließen, wäre abwegig. Sie erfreut sich der größten Nachfrage. Ihre Erfolge sind bekannt. Der Standort in der Eisenbahnstraße stärkt die Innenstadt und ist weitgehend saniert. Die Betriebskosten sind vergleichsweise niedrig. Die Schule kann in diesem Gebäude problemlos 3-zügig betrieben werden. Das zweite Gebäude in der Puschkinstraße mit hohem Sanierungsbedarf wird künftig nicht mehr gebraucht.

Die gesunkenen Schülerzahlen lassen in Eberswalde nur den Erhalt von drei Oberschulen zu. Die Fraktion Grüne/BFB spricht sich dafür aus, die Oberschule Westend aufzugeben. Eine solche Entscheidung fällt nicht leicht. Sie stellt auch keine Bewertung des Engagements von Lehrern, Eltern und Schülern dieser Schule dar. Aber die Anmeldezahlen und das zukünftige Schüleraufkommen sind an diesem Standort einfach zu gering. Daneben weist diese Schule den höchsten Sanierungsbedarf aller Oberschulen auf. Ein großes Problem für eine Schließung stellen in Westend die vorbildlich betriebene Integration hörgeschädigter und anderweitig behinderter Kinder und die entsprechenden Investitionen dar. Aber nach Abwägung aller Fakten erscheint die Verlagerung dieses Bereiches an die Oberschule Mitte und die Schließung der Westend-Oberschule als die vernünftigste und wirtschaftlichste Lösung.

ANDREAS FENNERT,

Abgabe der weiterführenden Schulen in Eberswalde:

Verwaltung ignoriert Ausschußvotum

Eberswalde (bbp). Mit deutlicher Mehrheit hatte sich der städtische Ausschuß für Kita und Schule am 22. November dafür ausgesprochen, die Abgabe der weiterführenden Schulen der Stadt an den Landkreis aus dem Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2006 herauszunehmen. Nach dem für Februar erwarteten Kreistagsbeschuß zum Barnimer Schulentwicklungsplan (SEP) soll der Vorschlag zur Abgabe der Schulen in der Diskussion des Haushaltes 2007 erneut behandelt werden. Der Landkreis habe, so wurde im Ausschuß argumentiert, mit den vorliegenden Entwürfen hinreichend bewiesen, daß eine SEP, die die Interessen der Stadt Eberswalde und der hier lebenden Menschen berücksichtigt, vom Kreis nicht zu erwarten ist.

Unbeeindruckt vom Ausschußvotum setzte die Verwaltung die »Abgabe der weiterführenden Schulen zum Schuljahresende 2005/2006« auf die Tagesordnung der am 14. Dezember tagenden Stadtverordnetenversammlung. Demnach sollen die Schulen bedingungslos zum 31.7.2006 abgegeben werden.

Die vom Ausschuß diskutierten Varianten der Eberswalder Schulentwicklung sollen dem Kreis lediglich »übermittelt« werden. Die Verwaltung, so hat sie es sich in die Vorlage geschrieben, soll Verhandlungen mit dem Ziel führen, die vom Ausschuß beschlossene Standortvariante in den SEP des Kreises aufzunehmen, obwohl sie mit dem Beschuß über die Abgabe der Schulen zugleich sämtlichen Verhandlungsspielraum aufgibt.

PDS zur Schulentwicklung

Biesenthal (bbp). »Die Diskussionen um die Schulentwicklungsplanung des Kreises sind bereits im vollen Gange. Der Kreistag soll sich voraussichtlich im Februar des nächsten Jahres mit dieser Problematik befassen. Da dies nicht nur eine Sache der Gemeindevertreter ist, möchten wir dazu gern eine Verständigung im Kreisverband der Linkspartei.PDS herbeiführen.« Mit diesen Worten läßt die Vorsitzende des Kommunalpolitischen Forums und der Kreistagsfraktion der Linkspartei Margitta Mächtig Abgeordnete, Mitglieder und Sympathisanten der Partei zu einem vom Kommunalpolitischen Forum und der Kreistagsfraktion gemeinsam organisierten »Biesenthaler Gespräch« zur Schulentwicklungsplanung ein. Es findet am 20. Dezember um 18.00 Uhr in der Gaststätte »Zur alten Eiche« in Biesenthal, August-Bebel-Str.5 (direkt an der Hauptstraße) statt.

Schullandschaft ordnen

Alle redeten noch über die letzten Ergebnisse der PISA-Studie, da schlug die Nachricht wie eine Bombe in der Eberswalder Schullandschaft ein.

Die Goethe-Oberschule ist in Zukunft überflüssig, meinte jedenfalls der zuständige Kreisdezentern. Er hat die Gunst der Stunde genutzt, daß in Eberswalde über die Abgabe der Oberschulen an den Kreis als Mittel der Haushaltssanierung schon weitgehende Einigkeit herrschte. Sein Kriterium für die Schließung war, daß der Unterricht in zwei getrennten Häusern stattfindet. Als ob Gebäude allein über die Qualität der Bildung entscheiden könnten.

Jetzt sind die Stadtverordneten mehr als bisher gefordert, zu sagen, welche Schulen sie wo in Eberswalde haben wollen. Klar ist, daß das nicht ohne Proteste abgehen wird, wenn man sich anschaut, wie diese Debatte eröffnet wurde. Von der Verwaltung ist in diesem Prozeß bisher nur wenig Konstruktives zu hören und auch derzeit nicht zu erwarten. Weil die Situation ist, wie sie ist, werden sich alle, die in dieser Stadt Verantwortung tragen, gut überlegen müssen, ob sie mit dem Haushalt für 2006 bereits einen Vorgriff auf die Schulentwicklungsplanung vornehmen oder die Schullandschaft in Eberswalde nicht besser vor der Abgabe der Oberschulen neu ordnen.

Im übrigen gibt es für die angekündigten Einspareffekte bei der Übertragung der Schulen an den Kreis noch keinen belastbaren Beleg.

WOLFGANG SACHSE,

Fraktionsvorsitzender der Fraktion Linke.PDS

**Beratung für
Kriegsdienstverweigerer**
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Bolckenstein-Richtlinie

»Die Zukunft kommunaler Dienstleistungen in Deutschland« war Thema einer Kommunalpolitischen Konferenz im neuen Rathaus der Stadt Leipzig, zu der das Kommunalpolitische Forum Sachsen e.V. am 12. November 2005 eingeladen hatte. Die wichtigste Nachricht zuerst: Dr. Helmuth Markov, MdEP (Die Linke.PDS) machte mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam, daß wider landläufiger Auffassungen die EU ihre Vorschläge zur Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen nicht zurückgenommen hat. Auch die Versprechen des EX-Bundeskanzlers Schröder, er werde sich dafür einsetzen, daß die Bolckenstein-Richtlinie nicht in Kraft treten wird, war mehr Wahlkampfge-töse denn politisches Agieren.

Neben Markov machten auch Vertreter von ver.di, dem Institut für Urbanistik und viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker deutlich, daß es nach wie vor des starken Widerstandes der Gemeinden und Landkreise bedarf, wenn verhindert werden soll, daß langfristig Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Straßenbau und -reinigung, Personennahverkehr, Raumordnung, Bauleitplanung, Wohnungswirtschaft, Sparkasse., Kulturpflege, Trägerschaft von Schule und Kita, Jugend-, Sozial- und Altenhilfe, Gesundheitswesen, Kranken- und Rettungsdienst und Katastrophenschutz dereguliert, also liberalisiert, – was zumeist privatisiert bedeutet – werden sollen. Dabei bewegen sich die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in ihrer Verantwortung der zwischen optimaler Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und immer knapper werdender Haushaltskassen.

Immer häufiger sehen sich Kommunen vor allem aus finanziellen Gründen gezwungen, Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge an Dritte zu vergeben und damit auch ein Stückweit Einfluss und Kontrolle der Qualität dieser Leistungen. Die Gefahr, die darin besteht, liegt auf der Hand. Die Privatisierung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge führt Stück für Stück zum Verlust der gesellschaftlichen Gestaltungsfähigkeit und demokratischer Legitimation. Dies gilt es zu verhindern, so das Credo der Veranstaltung. Dazu bedarf es des wiederholten Protestes von Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen. Einen Musterantrag finden Sie unter: www.kf-Land-Brandenburg.de

MARGITTA MÄCHTIG

16225 Spechthausen

Eberswalde (bbp). Am 1. Januar 2006 wird der Wechsel von Spechthausen vom Amt Biesenthal-Barnim zur Stadt Eberswalde rechtswirksam. In Absprache mit dem Ortsbürgermeister von Spechthausen und der Deutschen Post AG wird dem Ortsteil ab diesem Tag die Postleitzahl 16225 zugeordnet. Gleiches gilt für die Försterei Kahlenberg. Die Deutsche Post AG informiert alle betroffenen BürgerInnen.

Neue Regierung – »Wählerwille«

Ist die neue Regierung wirklich Wählerwille? So kann man fragen, wenn man sich noch mal den Verlauf und die Inhalte des »Wahlkampfes« der beiden großen Parteien vergegenwärtigt. Das Machtstreben des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zeigte nach meinem Eindruck keine Achtung vor der Meinung Andersdenkender. Jedes verbale Mittel, die Programme der Gegner zu diffamieren, wurde genutzt, um die Wähler in beschwörender Weise für das eigene Programm zu gewinnen: z.B. wurde behauptet, die Steuerpolitik im Programm von CDU/CSU würde dafür sorgen, daß die »Putzfrau« mit 25 % Steuern das Wohlleben der »Reichen« bezahlt (sie würde in Wirklichkeit keine Steuern zahlen); ein sozialer Abstieg zu Verhältnissen wie im 19. Jahrhundert würde die Folge einer »schwarzgelben Regierung sein«. Hinweisen möchte ich auf die eineinhalbseitige Anzeige in der Märkischen Oderzeitung unmittelbar vor der Wahl am 17. September 2005 mit einer ganzen Seite mit Bild und die Beschreibung: »Nur einer hat das Zeug zum Kanzler«. Mit solchen Methoden kann ein Teil bis-

her unsicherer und ängstlicher Bürgerinnen und Bürger dazu gebracht werden, das Gesamtbild des Wählers zu beeinflussen.

Die finanzielle Lage Deutschlands und die hohe Arbeitslosigkeit verlangen eine Wende besonderer Art in vielen Bereichen im bürokratischen Verwaltungsapparat, ungerechtfertigter Subventionen und vor allem auf dem Bildungssektor und der Wissenschaftsförderung für rasche Umsetzungen in wirtschaftliche Praxis bei Abschaffung von unrealistischen Tabus. Vieles Altgewohntes muß mehr oder weniger radikal verändert werden, wie z.B. der Fuhrpark in den Verwaltungsbereichen, die Steigerung von Gehältern und »Diäten«. Der soziale Faktor muß dabei nicht eingeschränkt werden – nur auf eine gerechte Basis gestellt werden. Derartiges findet man realistisch umsetzbar im Programm der FDP einschließlich zu Fragen der Gesundheit mit den Begriffen »Bürgergeld« und der Pflicht zur Versicherung im Gesundheitsbereich für alle Bürgerinnen und Bürger, die es bisher nicht gibt!

Dr. SIEGFRIED ADLER

Abzocke oder Menschenrecht?

Ob »Klipp und Klar« im RBB oder Christiansens Runde über mögliche Abzockerei – überall in den Medien wird gefragt, ob junge Leute, 18 Jahre alt, auf Suche nach Arbeit, von ihren Eltern sich abnabeln dürfen, wie es üblich ist bei jungen Leuten. Selbständig zu werden ist sogar ihre Pflicht, denn sie sind nun erwachsen. Und Eltern, die ihre Kinder 18 Jahre lang ernährt und auf vieles verzichtet haben,

worauf Kinderlose nie verzichten wollten, sind berechtigt, ihrem Nachwuchs zuzumuten, sich eine eigne Wohnung zu suchen. Jetzt aber, wenn junge Arbeitslose zu Hause ausziehen, wird ihnen Abzocke vorgeworfen, weil sie nun Anspruch auf eignes Wohngeld erheben. Sind denn die Politiker noch bei Troste? Auch bei den Medien kommen dazu Zweifel auf.

Dr. RAINER THIEL (www.thiel-dialektik.de)

Streusalz

Landesstraßenamt unbelehrbar?

»Streusalz habe die geringsten Auswirkungen auf Straßenbäume«, wird Straßenmeister Eckhard Schwitalski vom Landesbetrieb für Straßenwesen zitiert (»Nach der Baumschau: 60 Stämme fallen«, MOZ vom 2.12.2005).

Bei soviel Unverfrorenheit verschlägt es einem fast die Sprache. Für wie dumm hält der Mann die Leserinnen und Leser wenn er sagt, die Salzmischung komme »auf eine angefeuchtete Oberfläche, so daß das Salz auf der Fahrbahn liegen bleibt«? Was passiert wohl mit dem Salz, wenn es seinen Zweck erfüllt hat? Verdunstet es etwa? Nein, mit dem Schmelzwasser wird das Salz von der Straße gespült und versickert am Straßenrand in den Boden. Genau dort, wo die Alleebäume stehen, deren Blätter als Folge des Streusalzes zum Teil schon mitten im Sommer braun werden und abfallen und die so geschwächt anfällig werden für Schädlinge und Pilzkrankungen. Zu den Auswirkungen von Streusalz auf die Straßenbäume gibt es umfang-

reiche wissenschaftliche Untersuchungen. Der Straßenmeister müßte nur mal Augen und Ohren aufmachen. Mit fundierter Sachkunde könnte ihm beispielsweise der Eberswalder Rudolf Behm zur Seite stehen, der sich als Wissenschaftler seit 35 Jahren mit der Streusalzproblematik beschäftigt. Auch der Weg in die Fachhochschule sollte nicht zu weit sein. Dort gab es zum Thema sogar eine Diplomarbeit, die bei den für den Winterdienst zuständigen Stellen in Eberswalde übrigens sehr positiv aufgenommen wurde.

Die Straßenmeisterei hat hingegen sämtliche Streutechnik abgeschafft, mit der alternative Streumaterialien wie Sand oder Splitt ausgebracht werden könnten. Hier wird ausschließlich auf Streusalz gesetzt. Eine Tonne Salz liegt pro Straßenkilometer in diesem Winter bereit. Daß auch künftig munter weitergesägt werden kann.

GERD MARKMANN

Die Weihnachtsgeschichte 2005

Nach dem Evangelium des Apostels Theo Dorand, Übersetzung by Jutta von Jolande

Es geschah in jenen Tagen, als das reiche und mächtige Rom über Iberien, Gallien, Britannien und Germanien, bis zu den Ufern des schwarzen Meeres und darüber hinaus in Ägypten, Syrien und Palästina herrschte. Kaiserin Angeliana von der großen Regierungskoalition der Sozial- und Christdemokratie, die jüngst von ihrem durchtriebenen Berater Wolfgang Clementius erfahren hatte, daß es den Reichen in seinem Reich schlechter denn je ergehe und sich überall Parasiten breit machten, die den Wohlstand auffraßen, erließ ein Gebot, wonach alle Welt gezählt und ihr Wert für die Ökonomie geschätzt werden sollte.

Ein Jeder, der keine Arbeit hatte, mußte sich auf die Socken machen um sich in der Stadt seiner Väter bei der ARGE registrieren zu lassen. Auch Josef aus Galiläa, aus der Stadt Nazareth, war mit seiner jungen Frau Maria, die ein Kind erwartete, unterwegs nach Bethlehem. Josef und Maria waren, wie die meisten Bürger Galiläas arbeitslos, denn die Säbten- und Wagenfabrikation, die ihnen einstmal die Existenz sicherte, war schon seit geraumer Zeit nach Babylon und Nubien ausgelagert worden. Dort war eben die Arbeit viel billiger und die Rendite für die Aktionäre wesentlich höher.

Nach den Gesetzen von Petronius Hartzus, aus dem Vorstand der Volkskutschen AG, der mit Seinesgleichen auch die vornehmen Bordelle der Welt bereist hatte, waren ihnen nur wenige Sesterzen verblieben. Haus und Hof hatten die beiden verkaufen müssen. Ihr Erspartes für das Alter mußten sie ebenso aufessen, wie den Esel, der ihnen zuvor die Mobilität gesichert hatte. Unterwegs begegneten ihnen viele arbeitslose Handwerker und Künstler, ja sogar Gelehrte und einstmalige Selbstständige waren dabei. Maria und Josef hörten sie murren. »Die Regierung muß uns Arme sehr lieben. Wie sonst hätte sie so viele von uns geschaffen?« Als eine römische Kohorte mit blank geputzten Waffen an ihnen vorbeizog, meinte Josef sarkastisch: »Schau mal Maria, dort schleppt die Soldatesca unsere Rente an den Hindukusch«.

An der Straße nach Bethlehem gab es mehr Bettler, die um ein Almosen bettelten, als Bäume die Schatten spendeten. Gehüllt in Seidengewänder wurde die Kaiserin Angeliana in ihrer Säbte vorbei getragen. Maria und Josef hörten sie fortwährend rufen: »Wartet doch erst einmal 2009 Jährchen ab, im Jahr 2009 wird es Euch allen besser gehen. Lasst uns doch erst mal regieren, dann sehen wir weiter«. Vor dem Stadttor von Bethlehem hatte der damals für die Verfolgung der »Faulenzer« zuständige Prokurator Wolfgang Clementius große Tafeln mit der Inschrift »Vorrang für die Anständigen« aufstellen lassen. Zu den Anständigen zählte er sich selbst, seinen Kaiser, seinen Geldbeutel und natürlich Petronius Hartzus, der mit seinen Gesetzten die »Überflüssigen« und »Parasiten«

in Fesseln gelegt hatte. Ein Sprayer hatte in großen Lettern darunter geschrieben: »Hau ab, Verdammter dieser Erde«. Streng bewacht von römischen Soldaten und Hilfswilligen des Königs Herodes, war das Tor Bethlehems. Josef und Maria mußten ihren Lebensberechtigungsschein abstempeln lassen, sowie den Hartzus IV-Bewilligungsbescheid vorlegen, bevor sie die Stadt, in der König David das Licht der Welt erblickte, betreten durften.

Die beschwerliche Reise von Nazareth nach Bethlehem hatte die letzten Ersparnisse von Maria und Josef aufgefressen. Maria, die spürte, daß ihre Zeit gekommen war zu gebären, wollte einen Medicus aufsuchen, doch ohne zehnt Sesterzen Praxisgebühr wurde sie erst gar nicht vorgelassen. Auch die Suche nach einer Herberge für die Nacht blieb erfolglos. »Schert euch weg, ihr elendes Gesindel«, riefen die Türsteher und drohten mit der Peitsche. Aus den Tavernen drang Gesang und Gelächter, Maria war am Ende ihrer Kräfte, sollte ihr Kind in der Gosse geboren werden? Ein Vagabund, selbst ohne Obdach und Zukunft, wies ihnen den Weg zum Stall einer Karawanserei. Dort lagerten viele Hirten mit ihren Tieren, aber auch andere, die kein Dach über dem Kopf hatten.

Maria und Josef fanden Aufnahme in einer Ecke des Stalls. Viele hilfreiche Hände streckten sich ihnen entgegen. Maria gebar ihren Sohn, wickelte ihn in Tücher und legte ihn in eine Krippe. Die Tage vergingen und Maria erholte sich von den Strapazen der Geburt. Da näherten sich prächtig geschmückte Pferde und Kamele dem Stall in dem das Kind in seiner Krippe lag. »Wo ist das neugeborene Kind? Wir haben seinen Stern aufgehen sehen und sind gekommen, das Kind und euch unter die Lupe zu nehmen«, fragte eine tiefe Stimme. Sie gehörte einem Kontrolleur der ARGE Bethlehem, der mit zwei seiner Kollegen gekommen war, die seltsame Wohngemeinschaft in der Stallecke zu überprüfen. Maria und Josef und ihr kleiner Sohn waren in den Augen der ARGE Bethlehem nichts als eine lästige und vor allem verdächtige Bedarfsgemeinschaft die den »Anständigen« auf der Tasche lag. »Wem gehören die Schafe und Ziegen, wem Ochs und Esel – ihr seid Betrüger, Parasiten« mußte sich das Paar anhören.

Plötzlich ertönte von draußen der Gesang der Hirten. Josef und Maria stimmten schließlich mit ein. »Wacht auf, verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Darben zwingt! – Das Recht wie Glut im Kraterherde nun mit Macht zum Durchbruch dringt«, »Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun. – Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun! – Leeres Wort: des Armen Rechte! Leeres Wort: des Reichen Pflicht! – Unmündig nennt man uns und Knechte, duldet die Schmach nun länger nicht!« Da nahmen die Kontrolleure der ARGE rasch Reißaus.

Demo-Berichte:

64. Montagsdemo am 7.11.

Mit der 64. Demo zog die Eberswalder Montagsdemo optisch Bilanz der mehr als einjährigen »öffentlichen Aufzüge«, wie das im Versammlungsrecht heißt. Der Bauzaun des Marktplatzes versperrte die weitere Nutzung des Marktplatzes, gab den Montagsdemonstranten aber die ideale Möglichkeit Transparente zu befestigen. Alle noch vorhandenen Stofftransparente und beschrifteten Papptafeln hingen am 7. November an diesem Bauzaun. Die »Strecke« reichte vom Löwenbrunnen bis zur Ecke Breite-/Friedrich-Ebert-Straße und weiter bis zur Straße an der Friedensbrücke. Einzelne Plakate werden von Vorübergehenden kaum zur Kenntnis genommen, jetzt aber konnte man sehen, wie die Leute in vorbeifahrenden Bussen und PKWs sich die Häse verrenkten. Auch viele Passanten blieben stehen und lasen die Texte.



Nach der Begrüßung durch Frank Töpfer sprach Herr Oberkinkhaus. Als Elternvertreter der Albert-Einstein-Schule verurteilte er die Pläne zur Elternbeteiligung an den Schülertransportkosten. Auch mehrere Schüler war mitgekommen, von denen auch einer das Wort ergriff. Auf einer Unterschriftenliste votierten zahlreiche Demonstranten mit ihrem Namen gegen die Elternbeteiligung an den Schülertransportkosten.

Anschließend liefen die ca. 40 Demonstranten die »Strecke« ab. Frank Töpfer erinnerte an die Gründe und Umstände für die jeweiligen Transparente und schätzte ein, inwieweit in der gewünschten Richtung etwas erreicht wurde. Kaum ein Transparent habe an Aktualität verloren, so sein Tenor. Die inzwischen durchgeführten vorgezogenen Bundestagswahlen wurden u.a. auch von den Montagsdemos als Teil der Kräfte gegen den Sozialabbau mitbewirkt. Der Stand der Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD lasse aber schon erkennen, daß der Sozialabbau durch die neue Regierung noch intensiviert wird weshalb der Kampf dagegen verstärkt werden müsse.

65. Montagsdemo am 14.11.

Zur 65. Montagsdemo in Eberswalde hatten die Veranstalter mal wieder ins Brandenburgischen Viertel eingeladen. Obwohl hier sehr viele vom Sozialabbau betroffene Menschen wohnen, konnte Hartwin Schulz, der die Demo moderierte, kaum mehr als 50 Teilnehmer begrüßen. Wie eine Woche zuvor der Eberswalder Marktplatz wurde der Potsdamer Platz ringsherum mit den Demoplakaten und Transparenten dekoriert, die im Laufe von fünfzehn Monaten Eberswalder Montagsdemo auf die Straße gebracht wurden. Gewissermaßen eine optische Bilanz.

CDU/CSU und SPD hatten inzwischen den Koalitionsvertrag ausgehandelt und auf ihren jeweiligen Parteitag abgesehen. Frank Töpfer machte deutlich, daß die neue Regierung die alte Politik – aber in verschärfter Form – fortsetzen wird. Er listete die neuen sozialen Grausamkeiten auf und unterstrich die Notwendigkeit, den Widerstand gegen den Sozialabbau fortzusetzen. Er geißelte die beabsichtigten Rasterfahndungen zur Aufdeckung von Sozialbetrug als Rechtsbruch und Diffamierung von Arbeitslosen.



Am offenen Mikro trugen mehrere Teilnehmern vor, daß die Zahlungen des Arbeitslosengeldes II teilweise erheblich verspätet erfolgten. Dies betraf insbesondere die Fälle der Wiederholungsanträge. Viele Menschen hatten deshalb Anfang Oktober kein Geld und gerieten in echte Notsituationen.

Vom Potsdamer Platz ging es anschließend ins Gemeindezentrum zur »Mitbringparty«. Aus den vielen Mitbringeln konnte ein kleines Büfett gestaltet werden, von dem alle satt wurden. Dazu gab's Tee, Kaffee und andere Getränke. Tobias Emmerich sang zur Gitarre. Albrecht Triller ließ die Montagsdemos seit dem 23. August 2004 in einer Diashow wiederaufleben. Im Garten des Gemeindezentrums brannte ein Holzfeuer, um das sich Diskussionsgruppen bildeten.

Ein weiteres Mal wurde über die Fortführung der Montagsdemo diskutiert. Klar war für alle, daß es weitergehen muß. Von den Varianten: jeden Montag, jeden zweiten Montag und einmal im Monat, entschieden sich die meisten schließlich für vierzehntägige Demos. Auch eine Berlinerin, die mit einer Freundin zur Teilnahme an der Eberswalder Montagsdemo angereist war, ergriff das Wort.

Narren haben das Zepter übernommen

Am 11.11., 11 Uhr 11, gab es einen Regierungswechsel im Rathaus Eberswalde. Die Narren übernahmen das Zepter. Habt Ihr schon einen Unterschied bemerkt? Werdet Ihr auch nicht! Ob mit oder ohne Narrenkappe: im Rathaus geht's immer nährisch zu. Die Ratsherren kaufen Autos und keiner weiß etwas davon. Sie verkaufen mit den Stadtwerken das goldene Huhn. Doch damit sind auch die goldenen Eier weg, die das Huhn legt. Wie lange machen die Bürger den Spaß noch mit, der schon lange kein Spaß mehr ist?

Ebenfalls am 11.11. veröffentlichte der bundesdeutsche Elferrat aus CDU und SPD das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen. Was da ausgehandelt wurde, ist auch Narrenwerk, aber ebenfalls nicht zum Lachen. Ein Paket neuer sozialer Grausamkeiten für die Bürger. Wer am wenigsten hat, dem wird noch genommen, wer viel hat, dem wird zusätzlich in den Arsch geblasen. Die Liste ist lang: Mehrwertsteuererhöhung, Arbeitslose unter 25 Jahren sollen bei Eltern wohnen und von ihnen unterhalten werden, Lockerung des Kündigungsschutzes, Wegfall der Kilometerpauschale bis 20 km, Sparerfreibetrag halbiert, Renteneintritt erst mit 67, – weitere Renten-Nullrunden, höhere Krankenversicherungsbeiträge für Rentner, höhere Rentenversicherungsbeiträge, Kombilöhne zur Senkung des Lohnniveaus, Wegfall der Eigenheimzulage ...

Die Reichensteuer soll den Eindruck erwecken, als müßten alle – und die Reichen einen

größeren – Beitrag zur Haushaltssanierung leisten. Aber wir werden sehen, wie die Reichen mit Billigung der Regierung Wege zur Steuerumgehung finden werden.

Die Anhebung ALG II Ost auf Höhe des ALG West wurde nun endlich beschlossen. Ich höre gar keinen Beifall? – 14 Euro mehr !!! – Ich merk schon, ihr seid schnelle Rechner: 3 % Mehrwertsteuererhöhung fressen die 14 Euro ganz schnell wieder auf. Dazu die diversen Preissteigerungen. Wir werden alle deutlich weniger haben. Wie weit ist es noch bis zu brennenden Autos in Deutschland?

Nicht alles wurde im Koalitionsvertrag geregelt. Mit weiteren Schweinereien ist also noch zu rechnen. Wie mit diesem Koalitionsprogramm Arbeitsplätze entstehen sollen, bleibt ein Rätsel. Jeden Tag werden Arbeitsplätze vernichtet, obwohl die Gewinne steigen. An den Sozialleistungen soll kräftig »gespart« werden, und wenn dazu die Verfassung gebrochen werden muß. Nichts anderes sind die angekündigten »Rasterfahndungen«. Langezeitarbeitslose sollen wie Terroristen bekämpft werden.

Was wir schon vorher wußten, wird jetzt mit der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben: der Sozialabbau wird in verschärfter Form weitergeführt. Wir haben mit bewirkt, daß es eine neue Regierung gibt. Aber die neue Regierung führt die alte unsoziale Politik von Kohl und Schröder weiter. Also darf der Widerstand nicht nachlassen.

FRANK TÖPFER am 14.11.

Zeichen gesetzt

25.000 Teilnehmer beim Sternmarsch gegen die neue Regierung in Berlin

Berlin (em). Sie kamen aus ganz Deutschland um der zukünftigen Regierung in Berlin den Kampf anzusagen. Aktivisten vieler Montagsdemonstrationen, Gewerkschafter, Frauen und Migrantinnenorganisationen, Abordnungen von DaimlerChrysler, verschiedener Opel-Werke, Ford, DSK, Bosch, Infineon Dresden, BASF sowie eine große Delegation der Samsung-Kollegen. Von den politischen Parteien fanden sich WASG, MLPD, Linkspartei.PDS und ATTAC ein. Schon zu den Auftaktkundgebungen der einzelnen Züge herrschte eine kämpferische Stimmung, die von zahlreichen Musik- und Trommlergruppen, Liedern, Parolen und Kurzrednern verstärkt wurde. Die Trommlergruppe aus Kassel die den Block West und dann die gesamte Demo anführte, heizte unter der Leitung von Christoph Meyer kräftig ein. Den einzelnen Demozügen schlossen sich Passanten zahlreich an. Immer wieder sah man, wie neugierige Blicke sich in zustimmende Mienen wandelten. Im Grunde ihres Herzens waren diese Menschen alle dabei!

Das breite Spektrum von Rednern der Auftakt- und Abschlußkundgebung zeigte deutlich, wie groß und entschlossen der Wille gegen So-

zialkassenschlag und der sich bildenden Chaos-Regierung ist. Nach Karl-Heinz Strohmeier als Vertreter der bundesweiten Montagsdemo-Bewegung sprachen bei der Abschlußkundgebung Bernhard Fischer, Sprecher des IG-Metall-Vertrauenskörpers von Infineon Dresden, der ein Grußwort der Münchner Infineon-Kollegen vortrug, Heinz Preuß vom PDS-Ältestenrat, Martin Behring als Vorsitzender der Erwerbsloseninitiativen, der bereits bei der Fernsehsendung »Christiansen« für den Sternmarsch geworben hatte, Volkmar Schöne, Ver.di-Betriebsgruppensprecher Berlin Friedrichshain/Kreuzberg, je ein Vertreter der ATIF und der Anatolischen Föderation, Merav Blumenthal vom Leverkusener Kreis in der WASG, Johannes Brückner vom Jugendverband REBELL, Roswitha Müller von der Anti-Hartz-Bewegung NRW, Rolf Mathias, Mitglied der Bereichs-Vertrauenskörperleitung bei DaimlerChrysler Sindelfingen, Peter Weispfenning, Mitglied ZK der MLPD und Birgit Kühn, Montagsdemo Angermünde und Brandenburg.

In den Reden wurde unterstrichen, wie wichtig es ist die breite Front der Streitkultur weiter auszubauen!

Zwangsumzüge verhindern

Eine Wohnung gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Wer aber keine Arbeit hat, sondern auf staatliche Hilfen angewiesen ist, riskiert den Verlust seiner Wohnung. Da der minimale ALG II-Regelsatz für die Wohnungskosten nicht reicht, sind die Betroffenen auf die Erstattung der »Kosten der Unterkunft« durch den Landkreis angewiesen. Hier will der Staat ebenfalls sparen. Wie immer »sparen bei den Armen, statt zu streichen bei den Reichen«.

Hört und liest man, was auf dieser Strecke bundesweit läuft, kann man nur mit Schrecken daran denken, was möglicherweise auch uns demnächst erwartet. Den Sonderkreistag am 19. Januar 2005 nutzten Vertreter der Eberswalder Montagsdemo, um viele Einwohnerfragen zu stellen, darunter auch die nach dem Umgang mit »angemessenem Wohnraum«, Kostensenkungsforderungen und Umzügen. Der Landkreis antwortete darauf, daß es vor dem 1.7.05 keine Aufforderungen zur Kostensenkung geben wird. Inzwischen ist fast ein Jahr vergangen. Der Landkreis hat mit dem Arbeitsamt eine ARGE gegründet und es stellt sich heute die Frage, wie die ARGE mit diesem Gegenstand umgeht. Die Festlegung der Unterkunftskosten und der dazugehörigen Modalitäten sind Punkte, die auf kommunaler Ebene entschieden werden.

Nach unseren bisherigen Informationen können wir sagen, daß der Landkreis Barnim etwas vorsichtiger mit dem Thema umgeht, als wir das von anderen Landkreisen und Städten hören. Auf jeden Fall ist es unsere Absicht, im Falle von drohenden Zwangsumzugsaufforderungen den Betroffenen jede Unterstützung zukommen zu lassen.

Es gibt inzwischen einen Aufruf: »Hartz IV-Wohnungsräumungen mit Menschenmauern des zivilen Ungehorsams verhindern – Sozialproteste verbreitern!« Der Aufruf kommt vom »Aktions-

bündnis Sozialproteste« – das ist ein Zusammenschluß von ca. 80 Bündnissen zu Montagsdemonstrationen/Sozialprotesten in den Städten – hat auf einer bundesweiten Aktionskonferenz am 1. Oktober in Kassel beschlossen, den von Zwangskündigungen betroffenen Hartz IV-Empfängern durch drastische Formen des zivilen Ungehorsams ihre Wohnungen zu sichern. Als letztes Mittel sollen die anstehenden Zwangsumzüge durch eine »Menschenmauer des zivilen Ungehorsams« systematisch verhindert werden. Die Aktivisten wollen auf der lokalen Ebene mögliche Bündnispartner – wie Gewerkschaften, Mietervereine, Stadtteilgruppen – für gemeinsame Aktionen gewinnen.

In anderen Städten gibt es schon massive Forderungen der ARGE an die ALG-Leistungsempfänger, die Kosten der Unterkunft zu senken oder sich »angemessenen« Wohnraum zu suchen. Uns liegen beispielsweise Informationen aus Wuppertal vor, wo schon wegen weniger Euro Kostenlimitüberschreitungen Kostensenkungsforderungen und Umzüge gefordert wurden. Zusätzlich wurden auch noch sehr kurze Fristen gesetzt. Der Sozialverein Tacheles informierte über die rechtswidrigen Praktiken und organisierte den Widerstand.

Dieser Aufgabe will sich Eberswalder Montagsdemo stellen. Wir wollen verhindern, daß von Zwangsumzügen bedrohte Menschen allein gelassen werden in der ungleichen Auseinandersetzung mit der ARGE und anderen Behörden. Ich bitte alle Montagsdemonstranten, Informationen zum Thema Kosten der Unterkunft und Kostensenkungsforderungen bzw. Umzugsforderungen an mich weiterzugeben. Dafür werden wir ein Sorgentelefon einrichten, wo Betroffene Hilfe suchen können. Auch für dieses Thema gilt: Nicht einsam – gemeinsam gegen den Sozialabbau.

UTE FREY am 21.11.

66. Montagsdemo am 21.11.

»Was tun bei Zwangsumzugsforderungen?« Die 66. Eberswalder Montagsdemo mit 38 Teilnehmern nahm eine Empfehlung der bundesweiten Aktionskonferenz vom 1. Oktober in Kassel auf und schloß sich der Aktion »Hartz IV-Wohnungsräumungen mit Menschenmauern des zivilen Ungehorsams verhindern – Sozialproteste verbreitern« an.



Im Landkreis Barnim, führte Ute Frey aus, die auch moderierte, habe es bisher keine gravierenden Probleme gegeben. Dennoch müßten sich die Betroffenen auf eine schärfere Gangart einstellen. Für den Kreistag am 23. November habe die Vorbereitungsgruppe Fragen zum Thema Kostensenkungsforderungen und Zwangsumzüge vorbereitet. Neben der Verbesserung des eigenen Kenntnisstandes solle damit deutlich gemacht werden, daß Eberswalder Montagsdemo ein waches Auge auf die weitere Entwicklung haben wird.

Frank Töpfer widerspricht die Notwendigkeit geeigneter Gegenreaktionen. Er wies darauf hin, daß positive Kontenstände aus der Betriebskostenabrechnung des Jahres 2004 nicht auf die Unterkunftskosten 2005 verrechnet werden dürfen, sondern die Betroffenen Anspruch auf Rückzahlung haben. Wolfgang Sachse erklärte, daß dies auch für eventuelle Rückerstattungen aus Steuererklärungen für das Jahr 2004 gilt. Albrecht Triller berichtete über ein Gespräch mit der ARGE. Demnach werde die vorläufige Richtlinie zur Erstattung der Unterkunftskosten derzeit überarbeitet. Die gegenwärtigen Regelung beinhalte eine relativ weitgehende Kulanz. Allerdings erhalten derzeit nur Betroffene zu ihrem eigenen Fall Informationen darüber, was die Richtlinie für sie bedeutet. Damit ist eine Hilfe durch die »Eberswalder Montagsdemo« für Betroffene erschwert.

Ute Frey verlas die Eingangsbestätigung der Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) für die eingereichte Strafanzeige gegen Minister Clement (BBP 11/2005). Sie erläuterte den Beschluß der Montagsdemo vom 14. November, künftig im vierzehntägigen Rhythmus stattfinden. Die 67. Montagsdemo finde demzufolge am 5.12. am Löwenbrunnen statt.

»Kosten der Unterkunft«

zur Einwohnerfragestunde des Kreistages am 23. November

Auf eine entsprechende Anfrage auf dem Sonderkreistag am 19. Januar zum Problem der Unterkunftskosten erstattung für ALG II-Empfänger erklärte der Landkreis, daß bis zum 1. Juli 2005 keine Kostensenkungsaufforderungen oder Aufforderungen zum Wohnungswechsel verschickt werden. Bekannt gewordene Praktiken in anderen Landkreisen veranlassen mich – im Auftrag von Eberswalder Montagsdemo – folgende Fragen zur Situation im Landkreis Barnim zu stellen:

1. Gibt es eine kreisspezifische Richtlinie für die »Kosten der Unterkunft«? Welches sind deren wesentliche Elemente?
2. Wurden schon Kostensenkungsaufforderungen erlassen? Wenn ja, welches sind die Grundlagen dafür?
3. Mußten ALG-Leistungsempfänger bereits »unangemessenen« Wohnraum räumen? Gab es schon Zwangsumzüge?
4. Wurden in Fällen des Umzuges zum Zwecke der Kostensenkung die Umzugskosten von der ARGE übernommen?
5. Gibt es Fälle, in denen die Erstattung der Kosten für Unterkunft auf den Regelsatz beschränkt wurde, wenn der Wohnraum als »unangemessen« angesehen wird?

Und nun noch eine Frage zu einem anderen Gegenstand:

Ist Ihnen bekannt, daß es bei der Zahlung des ALG II für November zu erheblichen Störungen gekommen ist? Insbesondere bei Wiederholungsanträgen kam es zu verspäteten Zahlungen des ALG. Betroffene standen mehrere Tage ohne Geld da und konnten nicht das Notwendigste kaufen. Wird gewährleistet, daß sich solche Zahlungsverspätungen nicht wiederholen?

UTE FREY

67. Montagsdemo am 5.12.

Frau Merkel als Nikolaus – das Thema bot sich am Vorabend des Nikolaustages. Aber auch wegen der ersten Regierungserklärung der neuen Bundeskanzlerin, in der sie den Koalitionsvertrag nochmals vorstellte. Die Merkel-Pappfigur war in Eberswalde schon wiederholt bei den Montagsdemos zu sehen, nun am Vorabend des 6. Dezembers als Nikolaus mit Nikolausmütze und einem Sack voller sozialer Grausamkeiten auf dem Rücken.

Mit Unterstützung der 45 Montagsdemonstranten wurde der Sack geleert. Was gefunden wurde, reizte zum Widerspruch: Gehhilfen als Äquivalent zur Kürzung der Pendlerpauschale und der Zuschüsse für den Personennahverkehr; Pfefferkuchenherzen statt einer Politik, die tatsächlich mit Herz für die Schwachen gemacht wird; ein Beutel mit Sand, um ihn den Menschen in die Augen zu streuen; »Extrabombons« in Form von Anhängern mit der Aufschrift »+3% Mwst.«. Phrasen wie »Ein Volk ist immer auch eine Schicksalsgemeinschaft«, »Lassen Sie uns mehr Freiheit wagen«, »Verlässlichkeit als Markenzeichen« und »Beenden wir ein Leben von der Substanz«, brachten die Demonstranten so in Wallung, daß Frau Merkel der Sack um die Ohren flog: »Verschwinden Sie, eh' wir mehr Freiheit wagen«.

Anschließend trug Frank Töpfer »Die Weihnachtsgeschichte 2005« vor: Christi Geburt, wie sie sich heute zugetragen hätte – unter Kaiserin Angeliana, mit Petronius Hartzus, Prokurator Clementius, Bedarfsgemeinschaften und ARGE – Kontrolleuren. Letztere entflohen, als plötzlich »Wacht auf, verdammt diese Erden...« erklang.

Aus Anlaß des Nikolaustages gab es selbstgebackene Plätzchen und andere Kleinigkeiten bei deren Verzehr sich mehrere kleine Gesprächsrunden bildeten.



Nach Abschluß der Veranstaltung begleiteten einige Montagsdemonstranten den Nikolaus zum Eberswalder Medienhaus. Der Nikolaus legte dort eine kleine Nikolausüberraschung für den »Barnimer Blitz« ab. Aus dem beigefügten Brief ist ersichtlich, daß es für die wochenlange Ignoranz von Barnimer Blitz gegenüber den Bitten von Eberswalder Montagsdemo zur Veröffentlichung der Aufrufe zu den Montagsdemos diesmal nur Rute und Kohle geben kann. Barnimer Blitz wurde ermahnt, sich zu bessern.

Mensch sein und arbeiten –

Arbeitszeit neu denken

I. Lebst Du, um zu arbeiten? Oder arbeitest Du, um zu leben?

Entweder – oder? Nein: Sowohl als auch. Arbeit gehört zum Menschsein. Doch ist Leben mehr als Arbeit: Liebe und Solidarität, Familie und Kinder, Bildung, die Welt kennen lernen, Kommunikation und Geselligkeit, Hobbies, Spiel und Sport, aber eben auch Arbeit. Das alles miteinander kann der Mensch. Er kann es! So weit die Teleskope reichen, gibt es nicht Unsregleichen. Viele von uns sagen, wir sind das Ebenbild Gottes. Und sie fügen hinzu: »Bewahret die Schöpfung.«

Unsre Fähigkeit ist gegeben, ob von Natur oder von Gott, als Ausstattung jedem in die Wiege gelegt. Und seit Neandertalers Zeit hat es unsre Gemeinschaft in langer Geschichte gelernt, durch Arbeit und Bildung, gegebene Fähigkeit zu qualifizieren.

Freiheit ist, Menschenrecht ist, menschlich ist: Von der Wiege bis zur Bahre **Fähigkeit** voll ausbilden und in Solidarität mit anderen Menschen auskosten zu können. Mit Fähigkeit zu mehr als Arbeit auch ins Alter: Niemals Langeweile!

Die Würde des Menschen ist sein Anspruch auf Recht und Freiheit. »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« (Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 1). Doch damit sieht es sehr, sehr schlecht aus. Ein Teil der Bürger leidet an Überarbeit und deshalb an Zeit-Mangel für Liebe, Familie und Kinder, für Bildung und Kommunikation, für Hobbies, Spiel und Sport. Streikende Metallarbeiter riefen: »Mehr Zeit für

Liebe und Verkehr, drum muß die 35 her!« Andere Menschen leiden an Arbeitslosigkeit. Sie haben auch einen Teil ihrer menschlichen Kommunikation eingebüßt, und bald verlieren sie an Selbstvertrauen. Das macht sie krank. Einige wählen den Freitod. Andere werden krank durch Überarbeit. Aus Angst, ihren Job zu verlieren, akzeptieren sie Verlängerung der Arbeitszeit, und oft gar ohne Bezahlung.

Die einen haben kaum noch Mut, ihren Kindern in die Augen zu sehen. Die anderen haben kaum noch Zeit, ihren Kindern in die Augen zu blicken: »Eure Kinder rufen laut: Eure Zeit wird Euch geklaut. 35 Stunden sind genug.« (Metaller-Streik in Sachsen 2003)

Den einen fragen die Kinder, wenn sie in die Schule gehen und Vati zu Hause bleibt: »Papa, was willst denn Du mal werden?« Die anderen sinken abends todmüde aufs Sofa und haben nur noch Kraft zur Fernbedienung.

Alle zusammen sind erpressbar geworden: Die einen wurden erpressbar durch den Chef, die anderen durch die Behörden. Und vor allem: Die Möglichkeit ihrer Anteilnahme an den gemeinschaftlichen, den öffentlichen Angelegenheiten bricht zusammen: Aus Angst, der Chef könnte davon erfahren, oder wegen Erschöpfung am Feierabend oder wegen Verlust des Selbstvertrauens. Die Würde der Persönlichkeit ist in den Rauch geschrieben. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung verliert rapide an Substanz.

Dr. RAINER THIEL
wird fortgesetzt

An den Barnimer Blitz

Liebe Medienleute, als Nikolaus muß ich Ihnen sagen, ich finde es nicht gut, daß Sie die Eberswalder Montagsdemo seit vielen Wochen völlig ignorieren. Sie berichten nicht nur nicht, sondern veröffentlichen nicht einmal mehr die Aufrufe zu den Demos. Dafür kann es heute nur Rute und Kohle geben.

Auch wenn in den letzten Wochen kaum mehr als 50 Leute zu den Montagsdemos gekommen sind, so dürfen Sie doch sicher sein, daß mehr als ein Viertel der Familien von Hartz IV und Agenda 2010 betroffen sind. Für viele dieser Betroffenen sind die Anzeigenblätter die einzigen Printmedien, weil sie sich keine Tageszeitung mehr leisten können.

Für Eberswalder Montagsdemo sind Annoncen nicht bezahlbar. Soll sie deshalb vom Medienzugang ausgeschlossen bleiben? Läuft Ihnen Ihre zahlungsfähige Kundschaft weg, wenn sie Eberswalder Montagsdemo eine Stimme geben?

Eberswalder Montagsdemo hat sich inzwischen längst damit abgefunden, daß für Sie das Thema Montagsdemo erledigt ist. Sich dagegen zu wehren, wäre ohnehin kontraproduktiv. Sprüche wie die von Frau Merkel: »ein Volk ist immer auch eine Schicksalsgemeinschaft«, oder »laßt uns mehr Freiheit wagen« scheitern schon an solchen Kleinigkeiten, daß ein Anzeigenblatt keinen Platz für arme Schlucker hat. Mit Armen will niemand zu tun haben und Freiheit endet beim Geld.

Deshalb lassen Sie sich vom Nikolaus, dem Freund der Armen und der Kinder, sagen: Sie verschenken sich viel, wenn Sie meinen, Sie hätten nichts zu verschenken. Zeigen Sie Größe und lassen Sie meine Worte nicht die Eberswalder Montagsdemo ausbaden, sondern geben Sie ihr eine Stimme.

DER NIKOLAUS, Eberswalde, den 5.12.05

Friedensengel, Unschuldslämmer oder Es weihnachtet sehr

Gedanken zu einem Artikel in der MOZ vom 15.11.2005

Es weihnachtet sehr. Da wollen die Menschen ein Zeichen der Versöhnung setzen. Auch der Vorsteher des ZWA Eberswalde. Nicht die schwere Schuld, den Leuten das Geld aus den Taschen gezogen zu haben, um einen kranken Betrieb zu heilen, der nicht zu heilen ist, (es sei denn auf Kosten vieler an der Misere nicht schuldigen Bürger im Landkreis Barnim) bringt ihn zur Rührung. Nein! Frieden will der stiften, der den Unfrieden gesät hat und nach wie vor auf dem hohen Roß sitzt. Ist ja auch nicht schwer, wenn man von allen Seiten gestützt wird und nicht selbst zahlen muß, wie der zum Anschluß gezwungene Bürger.

Erinnern wir uns: da ist unter der Ägide des heutigen MP vom Land Brandenburg allein beim ZWA Eberswalde ein Schuldenberg von über 150 Mio Euro angewachsen (im Land geht es in die Milliarden!). Für Investitionen in Rohrleitungssysteme, die schon damals arg umstritten waren. Die von den Banken ausgereichten Kredite lagen unverhältnismäßig hoch im Vergleich zum Anteil des Eigenkapitals. Nur für die Begleichung der Zinsen, die eben ab 1996 in voller Höhe aufliefen und seit-

dem nicht geringer, eher noch gestiegen sind, geht der gesamte vom ZWA erwirtschaftete Gewinn flöten. Wovon soll nun repariert und saniert werden? Denn alles, was neu gebaut wurde ist, wenn nicht überflüssig, dann aber mindestens komplett überdimensioniert. Der Herr da oben auf dem Vorstandssessel mußte es wissen, sagte es aber den gutgläubigen Bürgern nicht. Nun müssen dieselben dran glauben. Seit 1996 wird Kasse gemacht und möglichst jedes Jahr ein bißchen drauf, wenn's nicht reicht.

Was tut der arg gebeutelte Bürger? Er gründet einen Verein, um gegen die von Land, Kreis und Verbandsmitgliedern geschützte und unterstützte Macht des ZWA mit gebündelter Kraft vorzugehen und das Recht vor Gericht einzuklagen.

Seit fast zehn Jahren sammelt die ach so unabhängige Judikative nun schon die inzwischen auf Hunderte angewachsenen Klageschriften. Wohl bewußt(?), daß hier Unrecht für den ehrlichen Bürger geschieht. Aber kann man denn dieses Unrecht eingestehen und eine von Staats wegen geschützte öffentlich-rechtliche

Einrichtung, wie sie der ZWA darstellt, Pleite gehen lassen, wo doch so viele der noch amtierenden Honoratioren darin ihr Lebenswerk sehen? Da kommt der alles rettende Friedensengel in Gestalt eines Vergleichs daher. Angelegt aber nicht, wie man es hätte annehmen können, vom Unschuldslamm aus der Marienstraße. Nein! Die vielfach geschmähten Vereinsmitglieder der BKB, die laut Hein jede Woche eine »neue Sau durch die Stadt treiben«, waren des Wartens auf einen Richterspruch müde und unterbreiteten ein faires Angebot. Das Gericht zog offensichtlich mit und drängte den obersten Engel zum Einlenken. Er schlug ein, um »Frieden zu stiften« und ... fing an zu feilschen. Nicht 70% der Forderungen werden erlassen. Nein. 50 sind genug!!! Dann sind wir alle Klagen los! Oder???

Nicht jeder Kläger ist sich gewiß, wie lange dieser »Frieden« hält? Der ja kein echter ist; denn Geld aus Prozessen, die der ZWA verloren hat, ist bisher noch nicht geflossen. Sie wollen eher einen ordentlichen Richterspruch, der dieser archaischen Wasserwirtschaft in und um Eberswalde ein Ende setzt.

Stattdessen muß endlich eine ökologisch neue Seite aufgeschlagen werden, die der Umwelt und damit den Bürgern mehr Nutzen bringt. Ich sage Euch bloß: Lasst das Wasser im Dorf!!! Trau, schau wen!!!

HELMUT BRAUNSCHWEIG,
Mitglied der BKB und Allianz freier Wähler

Tierpark Eberswalde

Schon wieder Preiserhöhungen?

Als es vor acht Monaten schon einmal um Preiserhöhungen für den Tierpark ging, schrieb ich: »Im übrigen begleitet das Kostenproblem den Tierpark schon seit längerem. Ab 2001 lag der Zuschußbedarf regelmäßig 120.000 bis 300.000 Euro über dem jeweiligen Planansatz... Da stimmt es schon einigermaßen traurig, wenn als Lösung nur die Anhebung der Preise vorgeschlagen wird. Das macht Chancen kaputt.« Es stimmt traurig, daß der Tierparkdirektor offenbar nur wenig

dazu gelernt hat, wie auch die mißlungene PR-Aktion mit dem neuen Dienstwagen zeigte. Der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Blumenkamp hat recht, die Kostenunterdeckung von jährlich 900.000 Euro können wir uns nicht mehr leisten. Hinzuzufügen wäre, daß wir uns das auch schon in den vergangenen Jahren nicht leisten konnten. »Für eine Preiserhöhung hat Zoochef Bernd Hensch bereits konkrete Vorstellungen«, heißt es (Erwachsene

von 6 auf 7 Euro, ermäßigt von 3 auf 4 Euro, Familienkarte von 16 auf 20 Euro). Auf die Idee, daß es in seiner Verantwortung liegt, Kosten zu sparen, kommt er offenbar nicht. Vielleicht sollte ihm die Stadt mal einen Lehrgang an der Volkshochschule in Sachen Betriebswirtschaft spendern.

Daß der Tierparkdirektor durchaus fähig zum Lernen ist, zeigt das angekündigte Aktionsangebot, die Jahreskarte zum halben Preis anzubieten. Das läßt hoffen.

GERD MARKMANN

(dieser Beitrag ging am 19.11. als Leserbrief an die lokale MOZ, bisher nicht veröffentlicht)

Keine Einnahmesteigerung beabsichtigt

Eberswalde (bbp). Vom ersten Bundeskanzler der BRD ist der Spruch überliefert: »Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern«. Auch die Eberswalder Verwaltungsspitze in persona des amtierenden Bürgermeisters Lutz Landmann konnte sich einer spitzen Bemerkung nicht enthalten, als der Stadtverordnete Gerd Markmann einen MOZ-Artikel vom 28./29. März 1998 »bemühte« (vgl. auch »Irrige Vorstellungen« in BBP 5/1998), um in Erfahrung zu bringen, inwieweit sich die damals geäußerten Erwartungen bestätigt haben, wonach durch die Entwicklung des Flugplatzes Finow zum Verkehrslandeplatz, den Bau des Binnenhafens und die Durchführung der Landesgartenschau »die Stadt ihre Einnahmen steigern« könne.

Diese Erwartungen seien eine »Interpretation der Presse« gewesen, teilte Landmann nun mit. Es wurden Investitionen in Größenordnungen getätigt, die die Unternehmen der Region gestärkt haben. »Der Flugplatz existiert und die Tonnagerhöhung ist bekanntermaßen geplant. Der Hafen steht kurz davor, schwarze Zahlen zu schreiben. Die Landesgartenschau hat durch die Investitionen in gigantischen Größenordnungen das Image der Stadt aufgewertet und das Stadtbild wesentlich verbessert. Zur Zeit laufen die Diskussionen zum Nachnutzungskonzept, um das Erlebnisangebot für die Stadt weiter zu erhöhen. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, wieviel Wert auf die Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Landesgartenschau gelegt wird.«

Transparenz

Eberswalde (bbp). Noch im September lehnte die CDU-Fraktion in der StVV Eberswalde die Anträge der BKB-Fraktion zur Transparenz kommunaler Unternehmen strikt ab. Nun gab es einen CDU-eigenen Transparenzantrag, mit der eine teilweise Öffentlichkeit der Gesellschafterversammlung erreicht werden soll. Nach ausführlicher Diskussion akzeptierten die Einreicher einen Änderungsvorschlag des amtierenden Bürgermeisters Lutz Landmann: »Die StVV empfiehlt den Gesellschafterversammlungen, in öffentlichen Sitzungen die Wirtschaftspläne und die Jahresabschlußberichte der kommunalen Unternehmen zu behandeln.« Diesen Beschluß nahm die StVV einstimmig an.

Daß das Ostbrandenburgische Klima mit seinem kontinentalen Einfluß von Natur aus trocken ist, ist ja nichts Neues. Messungen von 1891-1930 (laut Klimaatlas der DDR) weisen für die Schorfheide über 600 mm und nur 540 mm für die umgebenden Randgebiete aus, wozu man die westliche Schorfheide zählen muß, die schon immer niederschlagsärmer war. Insgesamt wird sich in den kommenden Jahrzehnten nicht einmal mehr halb so viel Sickerwasser bilden wie in den zurückliegenden 50 Jahren. Das sind Aussagen, die u.a. auf die langjährigen Messungen und Auswertungen von insgesamt 108 Grundwasserpegeln im Gebiet der Schorfheide, davon 16 mit durchgängigen Meßreihen beruhen. So fielen die Pegel zwischen 1981 und 2001 im Schnitt um 1,35 Meter und es ist kein Ende abzusehen. Dafür ist sicherlich der Klimawandel mit verantwortlich, aber die Einwirkungen des Menschen auf den Naturhaushalt taten das Ihrige.

Der gesamte Wasserhaushalt des Gebietes läuft aus dem Ruder. Moore und Seen verschwinden, Erlenbruchwälder, deren Bäume bis vor wenigen Jahren in knietiefem Wasser standen, trocknen aus. Seen haben bis 2 m an Wasser verloren. Damit geht eine Verlandung großen Stils einher.

Noch gibt es Seen und Bruchwald mit der spezifische Flora und Faune in der Schorfheide. Deshalb sollte jetzt etwas getan werden, um diese Entwicklung zu bremsen und zumindest in Teilbereichen rückgängig zu machen. Die Beratung hierzu am 2. September im Jagdschloß Groß Schönebeck, an der sowohl Experten und auch interessierte Bürger teilnahmen, ist hierfür ein geeigneter Ausgangspunkt.

Für die Zukunft werden aber keine Absichtserklärungen und Bemühungen genügen, um diesen Zustand zu verändern, sondern die ganz praktische Tat ist gefragt. Ein Blick zurück soll das veranschaulichen:

Bis in die 70iger Jahre holten viele Bewohner ihr Wasser (wohlgemerkt in Trinkwasserqualität) aus Hofbrunnen, das sich sammelnde Grund- und Schichtenwasser reichte aus. Im Einzugsgebiet des Döllnfließ hat sich nicht erst seit dieser Zeit viel verändert, obwohl es immer noch und das mehr als je zuvor, eine hervorragende Bedeutung für den Wasserhaushalt der westlichen Schorfheide hat, da alles Wasser (Niederschlag) der nicht in Seen, Mooren und Pflanzen gebunden werden kann über das Döllnfließ, Havel und Elbe hin zur Nordsee entwässert. Das ist sicherlich eine unverzichtbare Seite, aber ob es in diesem Maße geschehen muß ist nicht nachvollziehbar, ist es doch damit für die Schorfheide unwiederbringlich verloren.

Von der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde auf den Döllnfließ bis weit in das 19. Jahrhundert geflößt. Es gab mehrere große Stauanlagen mit Schleusenmeistern und Aufsichtsführenden. Damals säumten urwaldähnliche Bruchwälder das Fließ und die ersten Mäander mußten durchstochen werden, um

Schorfheide in Not

Die Schorfheide leidet unter Wassermangel!

Klimawandel- und/oder doch vom Menschen gemacht, so könnte man die Frage stellen. Meine Betrachtung hierzu richtet sich besonders auf den Schorfheidesander südwestlich von Joachimsthal, der in der Havelniederung ausläuft und in diese Richtung auch entwässert.



die Flößerei möglich zu machen. Die Berufsfischerei im Döllnfließ war selbstverständlich.

So geschahen Eingriffe in das Wasserregime des Döllnfließ seit 300 Jahren, immer mit dem Ziel, Wasser so schnell wie möglich aus dessen Einzugsgebiet abzuführen. Überall wurde, den technischen Möglichkeiten entsprechend, förmlich das Wasser abgegraben. Auf alten Karten nachzulesende Flurbezeichnungen sind Zeugen einer ehemals wasserreichen Landschaft (z.B. Bruch; Lake, Luch, Tranwiesen).

Die in den 60er Jahren durchgeführte Begradigung des Döllnfließ und Tieferlegung steigerten den Abfluß erheblich. Melioration in Wald und Landwirtschaft taten ein übriges. Das alles wissen wir und wir kennen auch Möglichkeiten der Minderung dieser verheerenden Auswirkungen. Und das sollten sowohl Sofortmaßnahmen sein, aber auch Maßnahmen, die auf längerfristige Ziele gerichtet sind.

Generell geht es darum, vorhandenes Wasser zurück zuhalten und das betrifft mehr als das Winterwasser, aber eben und besonders auch dieses. Über Stauregime und vorhandene Pumpwerke muß man ohne Tabus sprechen und auch die Fischtreppen gehören auf den Prüfstand. Die Verweildauer des Wassers in der Landschaft hat dabei oberste Priorität. Verfallene Stauwehre und alte Gräben lassen noch immer kostbares Regenwasser abfließen und auch an jährlicher Entkrautung von Gräben hält man vereinzelt fest. Wenn wir von Renaturierung sprechen, sollten wir im Umkehrschluß an Zeiträume denken, die ähnlich lang sind, wie die, in denen der jetzige Wassernotstand erreicht wurde. Die Etappen, die wir damit erreichen, stellen allemal eine Verbesserung der heutigen Situation dar.

Wasser- und Bodenverband Schnelle Havel, Biosphäre, Forstamt und anliegende Gemeinden, überhaupt alle Verantwortungsträger, auch die politischen Mandatsträger und das über die Landesgrenzen hinaus, sind dabei gefragt, um zukünftig alle Maßnahmen und Mittel für diese Zielstellung zu koordinieren, damit mehr Wasser in der geschundenen Landschaft verbleibt. Gedanken hierzu gibt es viele, regionale und zentrale, zu Papier gebracht als Verordnungen, Gutachten, Machbarkeitsstudien, Diplom- und andere Arbeiten, auch Expertenmeinungen und Vorschläge besorgter Bürger. Hier liegt Wissen bereit, was seiner Umsetzung harret. Sicherlich nicht alles und 1 zu 1, aber es sind Bestrebungen in die richtige Richtung, auch wenn mir dabei das Einfache und mit geringem Aufwand Machbare realistischer erscheint als sicherlich kühne, aber z. T. auch utopisch erscheinende Projekte.

Aber eine verstärkte Versickerung von Brauch- und Oberflächengewässern in der Schorfheide scheint mir unausweichlich und realisierbar. Solange keine größeren Maßnahmen durchgeführt werden können, ist eine natürliche Entwicklung durch Unterlassen von sogenannten Pflegemaßnahmen die einfachste Methode. Erste Schritte in diese Richtung sind dabei ja schon gegangen, aber sie sind nicht ausreichend.

Als besonders wichtig erscheint mir die Wiederherstellung des alten mäandrierenden Verlaufs des Döllnfließ und seiner Zuflüsse Trämmer Fließ und Faules Fließ, sowie weiterer Gräben. Vor der Melioration nicht existierende Gäben gehören zugeschüttet und die Wehre sollten wieder dem dienen, wozu sie angelegt wurden, nämlich der Wasserrückhaltung.

Wenn man bedenkt, daß über das Döllnfließ täglich hunderte Kubikmeter Wasser in die Havel abfließen, sollten kurzfristig Mittel und Methoden gefunden werden, die diesen Zustand im Interesse des Naturgutes Schorfheide beenden. Umfangreiche und unterschiedliche Untersuchungen liegen hierzu vor und es gibt Beispiele in Brandenburg wie man den Wasserhaushalt nachhaltig positiv gestalten kann. Ich denke hierbei an das Bergbauggebiet der Lausitz und das erfolgreiche Projekt im Bereich der Nuthe usw. Aber auch örtliche Initiativen, wie die am »Birkkluch« bei Schlufft und am so genannten »Panamakanal« bei Ahlimismühle zeigen mit wenig Aufwand erreichte Ergebnisse. Wichtig erscheinen mir auf diesem Gebiet die Öffentlichkeitsarbeit und das besonders bei der im Einzugsbereich lebenden Bevölkerung.

Nicht wenige gibt es, die sich an das Froschkonzert im Frühjahr hinterm Haus erinnern, oder an das Schlittschuhlaufen auf überschwemmten Wiesenflächen. Besonders im Frühjahr wasserführende und ganzjährig gespannte Dorfteiche waren selbstverständlich und mancher hat auch noch die Harpune, womit man (nicht ganz legal) Hechte stechen konnte. Selbst in meinem Grundbucheintrag von 1922 ist noch die Rede davon, daß der am Grundstück befindliche Graben zu reinigen ist. Hier gibt es natürlich längst keinen Graben und auch kein Wasser mehr.

Andererseits wird weiter so getan, als wenn das Wasser auf dem Grundstück oder in Wald und Feld nur Probleme mit sich bringt. So ist es nicht selten, daß man sich über verkrautete Gräben erregt oder über den Biber schimpft (wenn nicht mehr) der mal ein Stück Feld oder Wiese überfluten läßt. Oder ich denke an das ständige Bestreben in der Landwirtschaft und auf den Grundstücken, jede Senke zu nivellieren und keine Pfütze auf den Hof zuzulassen, sodaß selbst unsere Schwalben Probleme haben, ihr Nestbaumaterial zu beschaffen.

Auch zu dem Projekt zur Erzeugung geothermischer Energie liegen nach meinen Kenntnissen keine exakten Berechnungen zu Auswirkungen auf den Wasserhaushalt vor. Millionen Liter Wasser werden dabei in ein über 4 km tiefes Bohrloch gepumpt, um es auf ca. 150 Grad zu erwärmen und die Energie dann zu nutzen. Dieses Wasser muß vorher aus Tiefbrunnen entnommen werden. Auch wenn das Wasser in einem Kreislauf genutzt werden soll, kann nach meinen Kenntnissen ein wasserarmer Trichter in der Umgebung entstehen, der Wiedervernässungsprojekten entgegensteht.

Schaut man in die Hochglanzprospekte unserer Hotels, Pensionen und anderer Touristischer Einrichtungen, so fehlt bestimmt kein Bild mit dem Anblick von Wasser. Aber Wasser ist mehr als tägliches Lebenselixier und touristische Attraktion, Wasser ist die Grundlage allen Lebens überhaupt und die Grundlage für die Existenz unseres immer noch schönen Naturraumes, der Schorfheide.

GÜNTER VOGLER

Deutscher Solarpreis 2005

Die sächsische Stadt Oederan hat am 29. Oktober den Deutschen Solarpreis 2005 in der Rubrik Medien und Kommunikation erhalten für ihr kommunales Engagement im Bereich erneuerbarer Energien und als Initiator des Tages der Erneuerbaren Energien, an dem sich 2005 in 14 Bundesländern über 1.100 Anlagenbetreiber erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe beteiligten. Als sich 1996 eine Hand voll Enthusiasten am Heizhaus in Oederan trafen, um 10 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ein Zeichen zu setzen, wie der Einsatz erneuerbarer Energien in Oederan praktisch umgesetzt werden kann, hätte sich keiner vorstellen können, welche Resonanz dieser Tag der offenen Tür deutschlandweit erreichen wird.

In den letzten 10 Jahren hat sich im Bereich erneuerbarer Energien sehr viel getan. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat dazu beigetragen, alternative Energietechnologien wirtschaftlich zu machen, die neue Energieeinsparverordnung (ENEV 2006) wird weiter dazu beitragen, daß effiziente Technologien auf der Basis erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe in Zukunft an Boden gewinnen. Hohe Kraftstoffpreise zeigen die Not-

wendigkeit eines Umstiegs auf kostengünstigere erneuerbare Energieträger.

Die Stadt Oederan wird mit dem Tag der Erneuerbaren Energien auch in Zukunft kommunale Verantwortung übernehmen. So hat sich die Stadt um die Teilnahme an einem EU-Projekt beworben, bei dem es um die Senkung der Energie- und Medienverbräuche kommunaler Gebäude geht. Das Zertifizierungsverfahren nach dem European Energy Award (EEA) startet voraussichtlich im Januar 2006.

Der 11. Tag der Erneuerbaren Energien am 29. April 2006 wird im Zeichen des 20. Jahrestages der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl stehen und die Potentiale für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe im ländlichen Raum bestimmen helfen. 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl rufen wir Kommunen, Vereine und engagierte Bürger und Anlagenbetreiber auf, diesen Jahrestag am 26. April 2006 zum Anlaß zu nehmen und durch Veranstaltungen, Schulprojekte und vor allem der Einladung von Gastschülern aus den verstrahlten Gebieten Weißrusslands und der Ukraine Zeichen zu setzen.

EBERHARD OHM,
Energieteam Stadt Oederan (gekürzt)

Klimabündnis adé?

Eberswalde (bbp). Vor elf Jahren, am 26. Januar 1995, trat die Stadt Eberswalde dem Klimabündnis europäischer Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.) bei. Bis auf die Entrichtung des jährlichen Mitgliedsbeitrages in Höhe von 250 Euro sei der Stadt aus der Mitgliedschaft keinerlei Verpflichtung erwachsen, teilte der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann jetzt mit. »Alles was in der Stadt Eberswalde unter diesem Thema gelaufen ist, wie z.B. die Gründung der Arbeitsgruppe Klimabündnis unter Mitwirkung der Fraktionen, die Erarbeitung eines Klimaschutzberichtes sowie des Maßnahmenplanes für den Klimaschutz« seien Selbstverpflichtungen der Kommune gewesen. Unerwähnt ließ er, daß diese Selbstverpflichtungen gegen den mehr oder weniger

passiven Widerstand der Verwaltung realisiert wurden. Klaus Meißner, der sich damals in der StVV stark engagierte, um das Klimabündnis mit Leben zu erfüllen, zog sich wegen fehlendem politischen Willen der Stadt schon 1998 enttäuscht aus der AG »Kommunales Klimaschutzkonzept« zurück (BBP 5/1998).

Auf die Frage, welche Maßnahmen in der nächsten Zeit geplant sind, teilte Landmann mit: »Aufgrund der Haushaltssituation gibt es bereits Überlegungen, die Vielzahl der Mitgliedschaften der Stadt in den verschiedensten Vereinen und Organisationen zu überprüfen. Dazu gehört auch der Verein Klimabündnis.« Am 14. Dezember soll die StVV über den Austritt aus dem Klimabündnis entscheiden.

250 Euro würde die Stadt einsparen...

Solarstrom aus der Hausfassade

Eberswalde (ekb). Photovoltaik-Elemente in Gebäudefassaden haben sich zu einer attraktiven Alternative zu herkömmlichen Außenverkleidungen entwickelt. Darüber informierte der Vorsitzende des Energiesparkontor Barnim e.V. Kurt Hilker. Die Gebäudehülle übernehme nicht nur den Witterungsschutz, die Beleuchtung und Klimatisierung, sondern sie produziere auch solaren Strom. Um interessierte Architekten mit entsprechendem Handwerkszeug zur Planung solcher Fassaden zu versehen, hat die Landesinitiative Zukunftsenergien NRW die Broschüre »Photovoltaik in der Gebäudege-

staltung« jetzt in zweiter überarbeiteter Auflage herausgebracht. Die erste Auflage war innerhalb weniger Wochen vergriffen. Die Broschüre wendet sich an Bauherren, Architekten und Planer. Beispiele verdeutlichen, wie sich die Photovoltaik gestalterisch ansprechend und möglichst effizient in der Gebäudehülle integrieren läßt. Auf 32 Seiten werden die Einflüsse des Gestaltungskonzeptes auf den Energieertrag ebenso dargelegt wie die Möglichkeiten der Anbindung an das elektrische Versorgungsnetz. Zudem macht die Broschüre einfache, übersichtliche Ertragsabschätzungen möglich.

»Einigkeit und Recht und Freiheit« –

Deutschland einig Vaterland

Betrachtungen und Erinnerungen zu einem schwierigen Thema (Teil 3)

von Rolf Richter

Schwierig ist das Thema Einheit in Deutschland immer gewesen. Nach einem geschichtlichen Rückblick bis ins 19. Jahrhundert und frühen Kindheitserinnerungen von Bombenkrieg und Flucht aufs Land, schilderte Rolf Richter im zweiten Teil seiner Betrachtungen, wie er in seiner Grundschulzeit den Kampf um die Einheit Deutschlands vom Verfassungsentwurf der SED (1946) bis zu den Stalinnoten im Frühjahr 1952 erlebte. Doch die Hoffnungen auf eine Lösung, wie sie drei Jahre später in Österreich möglich wurden, zerstoßen angesichts des Kalten Kriegs, der auf der anderen Seite des Erdballs, in Korea, schon zum »heißen Krieg« geworden war. Die Stalinnoten erfuhren seitens der Westmächte eine rasche Ablehnung. Der Westen war nicht bereit, sich seinen abgestimmten Fahrplan für die Westbindung der Bundesrepublik stören zu lassen.

Im Osten wurde als Konsequenz die bisherige Zurückhaltung aufgegeben. Die II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 proklamierte nun offen den Aufbau des Sozialismus. Die Staats- und Verwaltungsreform in der DDR (Aufgabe der Länderstruktur, Bildung der Bezirke) zeigte, daß mit einer Vereinigung beider Staaten auf lange Zeit nicht mehr gerechnet wurde, ganz zu schweigen von der nun beiderseits betriebenen Wiederbewaffnung. Insofern bedeuten die beiden Stalin-Noten und ihre Ablehnung in der Tat eine historische Weichenstellung in der Deutschlandpolitik. Allerdings gab es bis in die sechziger Jahre hinein noch die Ulbrichtschen Konföderationspläne, die nicht ohne Resonanz blieben. Ein Türspalt blieb weiterhin offen.

Auch die vielfältigen deutsch-deutschen Kontakte blieben relativ unbehindert, zumindest auf privater Ebene. Wenn sie politischen Charakter annahm, sah das schon etwas anders aus. Typisch für die Zeit war, daß solche offiziellen und inoffiziellen Kontakte von seiten der DDR gewünscht und unterstützt, von der Bundesrepublik aber mißtrauisch beobachtet und gelegentlich auch rigide gestört wurden.



Ferienlager eines Stendaler Betriebes in Hüttenrode (Harz) 1955. Auch Kinder und Jugendliche aus Essen erholten sich in dieser Einrichtung, die in einer Gaststätte untergebracht war.

Delegationen fuhrten hinüber und herüber, Gewerkschafter, Friedensbewegte, Studenten, Betriebsräte, Sportler; aber manchmal wurden sie gestoppt, zurückgeschickt oder auch verhaftet. Zu schweren Zwischenfällen kam es bei den beiden Deutschlandtreffen der Jugend und bei den Welfestspielen in Berlin 1951, als die in großer Zahl anreisenden westdeutschen Teilnehmer massiv behindert wurden. 1955 und 1956 war ich Helfer in einem Betriebsferienlager im Harz. Dort erholten sich auch Jugendliche aus dem Ruhrgebiet, meist aus kommuni-

stischen Familien. Die Lebensverhältnisse waren damals in der Bundesrepublik bereits besser als in der DDR. Aber zahlreiche kommunistische Gewerkschafter verloren als Folge des kalten Krieges im Ruhrgebiet ihre Arbeit. Solche Ferienaufenthalte im Osten hatten für die Teilnehmer manchmal nachteilige Folgen, mindestens auf der Rückreise wurden sie schikaniert.

An der zur Staatsgrenze gewordenen Zonen-grenze gab es noch nicht das überbordende Grenzregime der späteren Jahre. Mit der Brockenbahn konnte man ohne weiteres den höchsten Harzgipfel besuchen, kaum war irgendwo ein Grenzpolizist zu sehen. Noch 1957 landete ich auf einer Radfahrt durch den Harz und Thüringen bei Ilfeld unversehens am 500 m-Streifen. Zwei freundliche Grenzer wiesen mir den weiteren Weg. Als ich aber in den siebziger Jahren meine Schwiegereltern besuchen wollte, wurde ich im Zug nach Dömitz schon vor Eldena, fast 20 km vor der Grenze, gefragt, was ich denn hier suche.

1960 freundete ich mich mit einer jungen Westdeutschen an. Sie war zu Besuch bei ihrer Großmutter in Rostock, wo ich studierte. Ein langer, eifriger, später zunehmend verzweifelter Briefwechsel begann. Natürlich kam sie regelmäßig in den Ferien zur Oma, natürlich bereiten wir zusammen Rügen und Hiddensee. Nach der »Wende« habe ich nachlesen wollen, was ich wohl damals zum Mauerbau geschrieben hatte: Nichts. Er hatte für uns keine un-mittelbare Bedeutung, denn ihre Besuche erfolgten ja nicht über Berlin, sondern auch weiterhin über Marienborn, und ich kam so und anders nicht besuchsweise in den Westen, wenn ich nicht in der DDR alles im Stich lassen wollte, einschließlich meines bald beendeten Studiums. Ihr andererseits wären zunächst auch keine Besuche bei Eltern und Geschwistern möglich gewesen, wenn sie in die DDR übersiedelt wäre. Die Beziehung zog sich bis 1964 hin. Wir hatten einfach keine gemeinsame Perspektive.

Natürlich haben wir bei unseren Treffen über den 13. August gesprochen. Wir waren beide einer Meinung: die DDR mußte als Staat anerkannt werden, wenn sich die gespannte

Lage überhaupt ein wenig zum Besseren wenden sollte. 1964 las ich Christa Wolfs Buch: »Der geteilte Himmel«. Das war auch meine Geschichte. Ich war daher empört über den engherzigen Umgang mit ihrem nächsten Buch, »Nachdenken über Christa T.« Sie hatte berichtet, worüber sonst geschwiegen wurde – darüber, daß das Leben im geteilten Deutschland auch komplizierte und tragische Momente hat-

Der Brocken gehörte noch Mitte der 50er Jahre zu den beliebtesten Ausflugszielen im Harz. Später lag er für Jahrzehnte im Sperrgebiet.



te. Frage auf einer Schriftstellerlesung in Hamburg: Würden Sie die Mauer auch als antifaschistisch-demokratischen Schutzwall bezeichnen? Christa Wolf: »Eine klare Frage erfordert eine klare Antwort: ja!« Konnte man damals eine andere Antwort geben im Land der Arroganz und Ignoranz, in dem man den anderen deutschen Staat immer noch Sowjetzone nannte? Diese Anmaßung erlebte man täglich. Bei der Vierschanzen-Tournee wurden die »deutschen« neben den Springern der »Zone« angekündigt. Ein westdeutscher Gast der Mitropa bedauerte ahnungslos, er hätte leider »nur deutsches Geld«. Was hatte ich denn?

Die Mauer hatte Folgen – gute und schlechte. Zunächst: Es dauerte, bis es Passierscheine gab. Das war bitter für die Betroffenen. Auch mein Vater konnte erst nach einigen Jahren (eben mit Hilfe dieser Passierscheine) in Berlin seine westdeutschen Verwandten wieder treffen. Aber die Arroganten mußten halt erst lernen, daß Ignoranz nicht weiterhilft. Dann: Das Leben wurde besser. Zeitweise verschwanden die Versorgungsnöte. Wirtschaftlich erschienen mir die späten sechziger Jahre als die beste Zeit der DDR. Auch die Hektik der internationalen Beziehungen nahm ab. Man hatte nicht mehr das Gefühl, auf einem Vulkan zu leben. Über die Kehrseite ist gleich noch zu reden.

Fortsetzung folgt

Buchtip: »Überholt wird Links«

»Was kann, was will, was soll die Linkspartei?« Unter diesem wirren und kritischen Titel verbergen sich analytische Beiträge von 14 z.T. sehr namhaften AutorInnen. Sie nehmen das sich neu bildende linke Bündnis, welches Deutschlands politische Landschaft im letzten Sommer veränderte, unter die Lupe. Dabei werden Exkurse in die Geschichte der deutschen und europäischen Linken, aber auch Ausblicke auf die (wahrscheinlich) schweren und spannenden kommenden Jahre gewagt.

Bei aller Themen- und Meinungsvielfalt hat das Buch jedoch eklatante Schwächen. Erstens sind von den 14 Autoren 13 männlichen Geschlechts und nur eine Frau kommt zu Wort und zweitens ist der jüngste Autor Jahrgang 1967. Das Fehlen weiblicher und junger Stimmen lassen die Wertigkeit des Buches für ein junges, in die Zukunft gewandtes Projekt etwas schwinden. Desweiteren haben es die beiden

Herausgeber (Maurer und Modrow) vermieden, meiner Meinung nach wesentliche potentielle Kooperationspartner und Verbündete für ein neues, linkes Projekt zu Wort kommen zu lassen. Vertreter von Umwelt-, Friedens- und Globalisierungsbewegungen blieben bei der Vergabe der Artikel unberücksichtigt.

Daher kann dieses Buch nur einen Beitrag leisten, welcher Wege und Fragen aufzeigt, wird aber den Geschmack des Aufbruchs, der eine neue Linke in diesen Zeiten auf der Zunge tanzt, etwas fade erscheinen lassen.

Nicht immer ganz einfach zu lesen, schaffen es die AutorInnen jedoch größtenteils die Aufmerksamkeit der LeserIn zu erzeugen. Daher ist die Lektüre für alle, welche sich diesem neuen politischen Projekt verbunden fühlen, trotz der Kritik zu empfehlen (und sollte daher unter dem Weihnachtsbaum liegen).

CHRISTIAN REHMER

Russische Bibliothek

Der Volksmund spricht von »Lesen bildet«. In welcher Sprache spielt dabei keine Rolle. Daß nicht jeder, der in der BRD ansässig wird, automatisch ein perfektes Deutsch kann, ist verständlich. In Bernau gibt es das Bemühen, für unsere russischen Mitbürger eine kleine Bibliothek einzurichten. Dabei fehlt es, neben Finanzen, auch an russischsprachiger Literatur, bevorzugterweise Belletristik. Wer also in seinem

Bücherschrank das eine oder andere Buch in russischer Sprache zu stehen hat und nicht so richtig weiß, wohin, der kann sich im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann unter der Rufnummer 03338-459543 oder per Mail wkb-d.enkelmann@t-online.de melden. Die zukünftigen Leser werden es Ihnen danken.

BÄRBEL MIERAU

»Wir waren an einstiger Stätte«

Ein Flugzeugabsturz in Eberswalde

Es gibt sie noch, wie wir uns überzeugen konnten. An einem Spätnachmittag führen wir zu dritt, um die Absturzstelle des deutschen Flugzeugs aufzusuchen, das im Spätsommer 1944 in der Nähe des Wasserfalls beim heutigen Zoo abgestürzt war. Diesen Absturz hatten wir damals von unserm Klassenfenster aus beobachtet. Zwei deutsche Flugzeuge flogen über den nahen Wald hinweg. Plötzlich schrie einer der Jungen: »Das hintere stürzt ja ab!«. Da gerade Pause war, rannten wir wie der Blitz aus dem Schulhaus hinaus, der Absturzstelle entgegen. Wir brauchten nicht lange suchen. Feuer und Rauch wiesen uns den Weg.

Am Ziel angekommen, bot sich uns ein furchtbares Bild. Flammen loderten aus den Flugzeugtrümmern, in einer Kiefernkrone hingen die Fetzen eines Fallschirms und auf dem Boden lagen die verbrannten Reste des Piloten. Bis auf drei Fingerspitzen einer Hand war der ganze Körper in Sekundenschnelle vom Feuer verstümmelt worden. Ich startete auf die hellen Fingernägel und das, was von dem menschlichen Körper geblieben war. Der Pilot hatte in seiner Todesangst noch versucht, aus der Maschine zu springen, was genauso verzweifelt wie sinnlos war.

Von dem anderen Flugzeug war nichts zu sehen. Wahrscheinlich landete es auf dem Flugplatz in Finow. So trotteten wir, von dem eben erlebten Grauen gefangen, wieder zur Schule zurück. Dort empfing uns unser Rektor und ich fürchtete schon, daß es eine Tracht Prügel wegen Verlassens der Schule setzt. Aber der Rektor war genauso erschrocken wie wir. Er ließ uns darüber einen Aufsatz schreiben.

Seitdem sind 61 Jahre vergangen. Aber ich weiß noch genau, wo die Absturzstelle war. Und tatsächlich fanden wir noch Spuren vom damaligen Geschehen. Dort wo das Flugzeug einschlug, ist eine freie, nur von Gestrüpp überwucherte Stelle. An den angrenzenden Kiefern sahen wir Kennzeichen, die nur von damals herrühren können. Wir drei hatten Kennerblicke für das Gesehene, denn das Umfeld ist meist mit Buchen bewachsen wie einst. An ihm liegt der Gleiskörper nach Melchow, etwa dort, wo dieser von dem Nebengleis zur Spechthausener Papierfabrik unterführt wurde.

Auch hier sind noch Spuren ersichtlich. So ist vielleicht noch irgend etwas zu finden, sei es auch nur ein Stück Blech oder anderes Metall, das von jenem Flugzeug stammen könnte.

KURT GEMPIN

Die Karusseit in Bernau

Tosender Beifall empfing Ursula Karusseit, als sie am 1. Advent den bis zum letzten Platz gefüllten Treff 23 in Bernau betrat. Dagmar Enkelmann begrüßte die Schauspielerin und Regisseurin zu ihrer Talkrunde »Offene Worte«. Sie habe immer Schauspielerin werden wollen, sagte Ursula Karusseit, weil sie das Verkleiden liebe. Allerdings hätten die Eltern auf einen »soliden« Beruf bestanden. So absolvierte sie zunächst eine kaufmännische Ausbildung und arbeitete dann als Stenotypistin und Sachbearbeiterin. Die Paukerei sei noch nie ihre Sache gewesen, weshalb sie in der Schule einmal wegen einer 4 in Mathe sitzen blieb. »Alles was ich mußte, machte ich nie gern.« Nebenbei wirkte sie in der Laienspielgruppe ihres Betriebes mit. Erst 1960, im Alter von 22 Jahren, gelang es ihr, in die Staatliche Schauspielschule in Berlin-Schöneeweide aufgenommen zu werden. Danach gehört sie bis 1987 zum Ensemble der Volksbühne, spielte am Deutschen Theater.



Die Charakterschauspielerin, die sich auch mit Männerrollen wie in Brechts »Der gute Mensch von Sezuan« einen Namen gemacht hat, erzählte im Treff 23 von ihren Theaterstücken und Fernsehproduktionen wie »Wege übers Land« (1968) oder aktuell über die Serie »In aller Freundschaft« (1998-2005). Die Zeitreise machte schnell klar, daß sich die Art, Filme zu machen, sehr geändert hat. »Damals hatte man viel mehr Zeit auszuprobieren. Heute kommt man sich vor wie am Fließband.« Das Publikum nickte wissend mit. Seit 1990 arbeitet die film- und fernseherfahrene Schauspielerin vorwiegend als Regisseurin an vielen Theatern.

Gegenwärtig liest die Karusseit, gemeinsam mit anderen Schauspielern, im Projekt »Jazz, Lyrik, Prosa« und tritt auch im Theater am Rand im Oderbruch auf.

BÄRBEL MIERAU

Weihnachtsmann trotz Hartz IV

Viele Familien mußten in diesem Jahr die bittere Erfahrung von Hartz IV machen. Der 24. Dezember ist der Abend der Geschenke und der leuchtenden Kinderaugen. Es gibt Kinder, die auf Geschenke warten werden. Wir bitten Sie, spenden Sie für strahlende Kinderaugen Weihnachten 2005 in Barnim, mit Ihrer Hilfe in Brandenburg.

Die LINKE.PDS Basisgruppe Schorfheide
Kordula Steinke /Manfred Tillmann

Spendenkonto: Weihnachtsmann trotz Hartz IV
Sparkasse Barnim, BLZ: 17052000, KTO: 4000027560

Nachruf

Mit Bestürzung und Trauer nahmen wir die Nachricht zur Kenntnis, daß unser langjähriger Freund und Mitarbeiter

Arno Blum

am 14. November 2005 plötzlich verstorben ist.

Arno gehörte seit Gründung der »Barnimer Bürgerpost« vor zehn Jahren zu den treuen und kritischen Unterstützern unseres Vereins und unserer Zeitung. Im Eberswalder Stadtteil Westend sorgte er dafür, daß die »Barnimer Bürgerpost« Monat für Monat pünktlich die Leserinnen und Leser erreichte. Mit seiner unkomplizierten Zuverlässigkeit und seiner konstruktiven Kritik half er uns über so manche Schwierigkeit hinweg. Wir haben ihm viel zu verdanken.

Unsere besondere Anteilnahme gilt seiner Familie, insbesondere seiner Frau. Wir werden Arno Blum nicht vergessen und sein Andenken für immer bewahren.

Gerd Markmann
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Dr. Manfred Pfaff
(Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.)

»Eberswalde - Wohnen in der Stadt«

Eberswalde (prest-ew). Unter diesem Titel hatten Studenten der BTU Cottbus Entwürfe zur Bebauung für das Areal rund um den Eberswalder Richterplatz erarbeitet. Die Ausstellung der Entwürfe, die bereits im November in der Schalterhalle im Sparkassenforum zu sehen war, ist nun bis zum 31. Dezember im Rathaus

Eberswalde, Breite Straße 41-44, zu besichtigen. Dem Betrachter der Modelle fällt auf, daß die Entwürfe sehr innenstadtnah liegen und gleichzeitig doch im Grünen, stark geprägt durch den historischen Gartenring. Alle Entwürfe zeigen eindeutig, daß es sich lohnt, in der Innenstadt zu bauen.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Ausländerbeirat Barnim:

Integration verbessern

Am 8. November traf sich der Ausländerbeirat Barnim zu seiner 3. Sitzung. Zu Gast war Stefan Dirkes, der amtierende Leiter des Barnimer Job-Centers. Schwerpunkt der gemeinsamen Beratung war die Klärung verschiedener Fragen und Probleme im Zusammenhang mit der Integration von Migranten und Migrantinnen in den Arbeits- und Lehrstellenmarkt. Aus der Arbeit mit den Zugewanderten heraus wurden Probleme der Erreichbarkeit der Arbeitsvermittler und Fallmanager durch die Beratungsstellen erörtert. Weiterhin ging es um Fragen der Sprachverbesserung. Angeregt wurde, daß z.B. nach einem Integrationskurs die Betroffenen in Betriebspraktika oder Zusatzjobs vermittelt werden sollten, um die erworbenen Sprachkenntnisse zu festigen. Eine Kontinuität der Zusammenarbeit ergibt sich vor allem aus der Wirkung des Job-Centers in den Integrationsnetzwerken Eberswalde und Bernau

Des Weiteren beschäftigte sich der Ausländerbeirat mit seinem Arbeitsprogramm für die nächsten 3 Jahre. Ziel ist die Analyse der Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten und die Erarbeitung von Empfehlungen an die zuständigen Behörden, wobei ein Schwerpunkt die schulische Integration darstellt. Weiterhin stehen die Ausarbeitung eines Leitbildes »Migration und Integration im Barnim« und die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit auf der Agenda des Beirates. Zur Umsetzung dieser Ziele sollen Gespräche mit den Kreistagsfraktionen und der Verwaltungsspitze geführt werden. Mit den Betroffenen selbst sollen dazu Interviews geführt werden.

Dr. MOHAMED HAMDALI

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Behm (2), Markmann (3), Mierau (1), Richter (3), Triller (3)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktions-schluß: 3. Dezember 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 31.12.2005, 12 Uhr.